Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame am Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045/21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 45. Fritz Kred, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 15. Februar 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 38

Metall im Kampf — Chemie in Front!

Tarifkündigung in der hallischen Metallindustrie erfolgt — Ueberarbeitszeitabkommen für die mitteldeutsche Chemie gekündigt — Her mit der Kündigung auch des Lohntarifs!

Halle, 15. Februar.

Am 9. Februar tagte die Funktionärversammlung des DMV. In der dort einstimmig angenommenen Resolution wurde die Verbindung der Manteltarifverhandlungen mit Lohnverhandlungen und mit der Forderung der 46-Stunden-Woche verbunden.

Es ist wesentlich auf die Initiative der hallischen Arbeiterschaft zurückzuführen, daß der DMV. nun auch die Lohntafeln gekündigt hat. Der DMV., Bezirk Halle, hat die Kündigung der Lohntafel mit Lohnforderungen verbunden. Sie lauten auf durchschnittlich 20 Prozent Lohnerhöhung. Heute finden in Halle Betriebsversammlungen der Metallarbeiter statt, in denen die Belegschaften zur Lohn- und Arbeitszeitfrage sowie den sonstigen Punkten des Manteltarifs Stellung nehmen werden.

Halle, 15. Februar.

Die Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes hat das seit dem Jahre 1925 bestehende Ueberarbeitszeitabkommen zum 1. März 1927 gekündigt. Der Gau umfaßt die ganze Provinz Sachsen.

Ablehnung des Schandschiedsspruchs in Leipzig

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 15. Februar.

Die Leipziger Metallarbeiter nahmen am gestrigen Montagvormittag in neun außerordentlich gut besuchten Bezirksversammlungen zu dem Schandspruch des Schlichters Brand Stellung. Der Spruch wurde in allen Versammlungen einmütig abgelehnt. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der ADGB. werden aufgefordert, ihre ganze Kraft zur Unterstützung der sächsischen Metallarbeiter einzusetzen und den Kampf aufzunehmen, wenn dieser Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden sollte.

Am heutigen Dienstagvormittag findet in den Streiklokalen eine Urabstimmung aller streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter statt. Die Landesausschußleitung der oppositionellen Metallarbeiter Sachsens fordert in einem Flugblatt die Ablehnung des Schiedsspruches. Sie fordert weiter, daß der Kampf ausgedehnt wird auf alle wichtigen Metallbezirke. In fünf Bezirken wurden oppositionelle Anträge angenommen, durch die vom ADGB.-Landesausschuß ein entschiedener Kampf für die Abberufung der drei sozialdemokratischen Schlichter Brand, Haak, Ponissa gefordert wird. Die Kampfstimmung ist überall außerordentlich gut.

*

Halle, 15. Februar.

Vier Tatsachen.

Erstens: Ablehnung des Schiedsspruches durch die Leipziger Metallarbeiter.

Zweitens: Verbindung des Kampfes der hallischen Metallarbeiter um den Achtstundentag mit Lohntarifkündigung und mit Lohnforderungen.

Drittens: Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens in der mitteldeutschen Chemie.

Viertens: Keine Verbindung dieses Schrittes mit Lohnforderungen, weitere Verschleppung der Tarifkündigung in der mitteldeutschen Chemie.

*

Zur Lage in Leipzig: Die sozialdemokratische Presse rechnet damit, daß der Neunstundentag-Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister des Bürgerblocks für verbindlich erklärt wird. Das gestrige „Volksblatt" schreibt z. B.: „Man muß allerdings bei der Einstellung des Reichsarbeitsministers damit rechnen. Es entsteht aber dann die Frage, ob unter solchen Umständen das Schlichtungswesen noch tragbar für die Arbeiterschaft ist, wenn dauernd ihr Menschenrecht, das sogar durch internationale Abkommen (Washington) anerkannt wurde, mit Füßen getreten wird. Wenn man in Deutschland den Wirtschaftsfrieden aufrechterhalten will, soll man die Belastungsprobe nicht zu stark machen."

Diese Ausführungen kennzeichnen einerseits den völligen Bankrott der bisherigen Politik der SPD. und der reformistischen Gewerkschaftsführung, die das Schlichtungswesen für einen Fortschritt und für ein unantastbares Heiligtum erklärte. Andererseits lehnt das „Volksblatt" noch immer jeden Gedanken an einen Kampf erschrocken ab. Es will ausdrücklich den „Wirtschaftsfrieden" aufrechterhalten und sieht die Unternehmer förmlich an, etwas Nachgiebigkeit zu zeigen.

Drei Jahre „Wirtschaftsfriede" seit 1923 haben die deutsche Arbeiterschaft gelehrt, was es für eine Bewandtnis mit diesem „Wirtschaftsfrieden" hat. Dieser Wirtschaftsfriede war die Wirtschaftsdiktatur des Unternehmertums, die Knebelung der Arbeiterschaft durch Schlichtungsschwindel und Verbindlichkeitsmachtsprüche. Dieser Wirtschaftsfriede hat verhindert, daß die Arbeiter überhaupt im offenen Kampf ihre Kräfte entfalten und sich ihrer Macht bewußt werden.

Fort mit diesem Wirtschaftsfrieden! — das ist die Losung der großen Mehrheit des Proletariats. Wer heute inmitten des Kampfes an den Wirtschaftsfrieden appelliert, gießt damit nur Wasser auf die Mühle der Ausbeuterklasse.

*

Um was geht es in Halle? Es geht um die Abwehr der beispiellosen Verschlechterungen, die der neue Manteltarifentwurf des Kapitalsknechts Joerges enthält. Heute, am 15. Februar, tritt der Schlichtungsausschuß zusammen, um die Entscheidung zu fällen. Es geht um den Achtstundentag! 20 000 Metallarbeiter mußten am 1. Februar 1927 nach der Statistik des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt Erwerbslosenunterstützung beziehen. Es herrscht die 54-Stunden-Woche. **Die Erkämpfung des Achtstundentages würde zur Folge haben, daß allein in Sachsen-Anhalt 6500 erwerbslose Metallarbeiterkollegen Beschäftigung finden würden.** Umgekehrt: **Die Ausdehnung des sächsischen Schiedsspruchs auf das Reich würde 100 000 Metallarbeiter in Deutschland brotlos machen.**

Die verheerenden Folgen der Rationalisierung gehen allein aus der Tatsache hervor, daß das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt am 1. Februar 20 000 unterstützungsberechtigte erwerbslose Metallarbeiter verzeichnet, gegenüber 18 000 am 1. Februar des Vorjahres. Demnach hat die Erwerbslosigkeit zugenommen, während die Metallindustrie im Bezirk durchweg eine gute Konjunktur, zum Teil eine glänzende Konjunktur, zu verzeichnen hat. Erst vor einigen Tagen hat z. B. die Firma Wegelin & Hübner, Halle, mitgeteilt, daß Aufträge für mehrere Monate vorhanden seien. Das gilt auch für die übrigen Fabriken, um so mehr, als mehrere von ihnen fieberhaft an der maschinellen Ausrüstung der Riesenanlagen im Leunawerk arbeiten.

*

Schon diese Tatsache, sowie die andere, daß im Leunawerk und in den anderen chemischen Großbetrieben Mitteldeutschlands mehr als 10 000 Metallarbeiter beschäftigt sind, zeigt, daß die Bewegungen in Chemie und Metall unzertrennlich zusammengehören. Die Verfilzung des Chemie- und Braunkohlenkapitals, das ja zum großen Teil auch schon in einer Hand, in der Hand des Chemietrusts, vereinigt sind, fordert gebieterisch, daß auch die Arbeiter in **Chemie, Metall** und **Bergbau** sich zusammenschließen.

In dieser Situation, wo gleichzeitig die Lohnsklaven des Chemietrusts in Süddeutschland, in Frankfurt, Höchst und im Rheinland, in einer Lohnbewegung stehen, hat der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes die Tarifkündigung in Mitteldeutschland von Monat zu Monat, von Woche zu Woche sabotiert.

Jetzt wird das Ueberarbeitszeitabkommen gekündigt. Das Ueberarbeitszeitabkommen von 1925 brachte den Neunstundentag, beziehungsweise die Möglichkeit des Neunstundentages. In der Praxis ist z. B. das Leunawerk infolge des herrschenden Schichtsystems nicht in der Lage, der gesamten Arbeiterschaft den Neunstundentag aufzuerlegen. Die große Mehrheit ist allerdings gezwungen, 54 bis 56 Stunden in den Giftbuden zu schuften.

Daher ist die Kündigung des Arbeitszeitabkommens an sich unbedingt notwendig. Aber es gibt Kündigung und Kündigung. **Eine Kündigung des Arbeitszeitabkommens ohne gleichzeitige Kündigung der Lohntarife und ohne gleichzeitige Lohnforderungen nützt der Chemiearbeiterschaft nichts.** Sie bleibt eine leere Geste oder gar ein bewußtes Ablenkungsmanöver.

Die mitteldeutsche Chemiearbeiterschaft fordert die Verbindung der Kündigung der Lohntarife und der Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens: Achtstundentag und höheren Lohn, nicht 3 und nicht 5 Prozent, sondern mindestens 25 Prozent Lohnerhöhung. Die Chemiekönige haben bei den Verhandlungen schon klar zum Ausdruck gebracht, daß sie keinen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen wollen. Es gilt zu kämpfen!

Ist es noch nötig, die Selbstverständlichkeit zum fünfzigsten Male zu wiederholen, daß der zusammengeballten Macht des Chemietrusts nur eine Vereinheitlichung der gesamten Tarifbewegung in der Chemie gegenübergestellt werden kann?

Jawohl, es ist nötig! Denn hier heißt es, die Mahnung von Karl Marx zu befolgen: selbstverständliche Wahrheiten müssen so lange wiederholt werden, bis sie nicht nur gehört, sondern auch verstanden, bis sie nicht nur verstanden, sondern **auch in die Tat umgesetzt werden.**

Wittenberger Chemiearbeiter fordern Tarifkündigung

Wittenberg, 14. Februar.

Sonntag, den 13. Februar, fand die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes in Wittenberg statt. Die Generalversammlung nahm mit allen Stimmen gegen die beiden Stimmen der Angestellten eine Entschließung an, die die sofortige Kündigung der Lohntarife in der Chemie fordert.

Eine Protestresolution gegen die litauische Henkerjustiz wurde einstimmig angenommen.

Die neugewählte Ortsverwaltung setzt sich restlos aus oppositionellen Gewerkschaftlern zusammen.

(Ausführlicher Bericht folgt im Gewerkschaftsteil.)

Der Brüsseler Anti-Kolonialkongreß

Hände-weg-von-China-Komitee gebildet — Kampf den imperialistischen Räubern!

Der seit einer Woche tagende Anti-Kolonialkongreß in Brüssel umfaßt Delegierte von fast aller Herren Länder. Seine Aufgabe ist einerseits, in den europäischen Ländern Feldzüge des Imperialismus in den Kolonien mit allen Mitteln zu verhindern und eine großzügige Aufklärungspropaganda gegen das imperialistische Kolonialsystem zu betreiben. Auf der anderen Seite soll er die nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonien selbst stärken und sie zum Widerstand gegen den Imperialismus festigen. Das vorliegende Bild zeigt die Sitzung einer der Spezialkommissionen des Brüsseler Kongresses. Links der Dritte an der Tischseite ist der bekannte französische Dichter Henri Barbusse, der Mitglied der französischen Kommunistischen Partei ist. Den Vorsitz des Kongresses führt der Reichstagsabgeordnete der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Genosse Willi Münzenberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0001

Bürgerblockspiegel

Fall Wirth erledigt

Der Reichsparteiausschuß des Reichstages billigte gestern die Politik der Zentrumsfraktion und sprach ihr das Vertrauen aus. Wirths Abstimmung wurde gemißbilligt; Wirth verließ darweil den Saal. Irgendwelche andere Schritte wurden jedoch unterlassen, er bleibt in der Partei und der Fraktion.

Herr Wirth hat also die republikanische Ehre und das Ansehen des Zentrums gerettet und wird zu gegebener Zeit als schwarzrotgoldener Republikaner, der nicht durch das Zusammengehen mit den Deutschnationalen belastet ist, wieder auftauchen.

Der Fall Wirth sollte aber für die sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter Anlaß sein, ihre Stellung zu prüfen und daraus den Schluß zu ziehen, daß sie im Reichsbanner nicht bleiben können.

Platz dem Külz!

Wie die Sächsische Staatskanzlei auf Anfrage mitteilt, ist das Rücktrittsgesuch des Ministers des Innern, Dr. Dehne, nunmehr eingegangen. Die Entscheidung über dieses Gesuch ist jedoch erst in einigen Tagen zu erwarten.

Reichsbanner ist zufrieden und wartet ab

Bundesleitung und Vertreter aus allen Gauen des Reichsbanners tagten am Sonntag in Magdeburg und nahmen nach einem Referat Hörsings eine Entschließung an, in der es nach der üblichen Beschimpfung der Kommunisten u. a. heißt:

„. . . Das Reichsbanner steht dieser Reichsregierung, in welcher sich sogar ein Herr v. Keudell befindet, in großer Sorge und mit großem Mißtrauen gegenüber. Wir werden jede Handlung dieser Regierung, die der Republik abträglich sein könnte, mit Sachlichkeit und aller Schärfe bekämpfen. Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit eines starken und geschlossenen Reichsbanners. An der Größe der Kraft und Geschlossenheit des Reichsbanners wird jeder Angriff auf die Republik zerschellen."

Vor der Regierungsbildung hat allerdings das große, kräftige und geschlossene Reichsbanner Wanzentaktik verfolgt, d. h. es hat sich zu den aktuellen Fragen der Regierungsbildung überhaupt nicht geäußert. Heute hört Höfing in die republikanische Fanfare und versucht gleichzeitig die Kommunisten mit der alten Masche zu beschimpfen, sie wären an der deutschnational-volksparteilichen Regierung schuld

Wir schätzen die Reichsbanner-Arbeiter nicht so dumm ein, daß sie darauf hereinfallen.

Scharfer Kurs wird verlangt

Die „Tägliche Rundschau" meint zur Keudell-Debatte abschließend, daß die Opposition jetzt das Maul halten könne und ernsthafte Arbeit, die Etatberatung, geleistet werden müsse.

„Dann kommen die großen sozialpolitischen Gesetze, bei denen Farbe bekannt werden muß. Es würde die Festigkeit der neuen Koalition stärken, wenn die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zunächst ihr Augenmerk allein auf sie und ihren Bestand richten und die Liebenswürdigkeit gegen links etwas eindämmen wollen."

Einfacher ausgedrückt heißt das: unsere sozialpolitischen Gesetze machen wir nach unseren Scharfmacher-Ansichten und -Methoden; die Opposition hat nichts zu sagen und die Regierungsparteien werden auch auf die sanfteste Anregung, z. B. der getreuen demokratischen Opposition, nicht reagieren.

Demokratische Echternacher Springprozession

Fromme Leute, die in Echternach zur Prozession gehen, führen sie so durch, daß sie drei Schritte vor, dann zwei zurück, drei Schritte vor und dann wieder zwei Schritte zurück und so fort gehen. Sie kommen auch auf diese Weise zum Ziel.

Die Demokraten machen es ähnlich. Von dem Gesamtvorstand der Demokratischen Partei hat am Sonnabend Koch gesprochen und sehr radikal erklärt, man müsse dieser Regierung sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Das radikale Mißtrauen wird aber bereits wieder eingedämmt durch die Erklärung, die Oppositionspolitik der Demokraten sei durch nichts gebunden als durch ihr eigenes Verantwortungsgefühl, das allerdings größer sein wird, als es bei der deutschnationalen Opposition der Fall war.

Auch auf diese Art und Weise kommt man mit der Zeit zum Ziel oder in die Regierung.

Was für die demokratische „Opposition" wichtig ist

Georg Bernhard schreibt in der „Voss. Ztg." in seiner Sonntagsbetrachtung folgendes:

„Die Frage, wie sich Herr v. Keudell vor 7 Jahren beim Kapp-Putsch verhalten hat, ist verhältnismäßig gleichgültig. Auch ein sehr charakterfester Mann kann aus den Lehren, die siebenmal dreihundertfünfundsechzig Tage für ihn gebracht haben, für seine politischen Auffassungen außerordentlich gewichtige Folgerungen ziehen. Auch die Tatsache, daß Herr v. Keudell auf seinen Gütern Angehörige der Wehrverbände beherbergt hat, braucht nicht wichtig zu sein. Viel mehr Bedeutung hat aber die Beteiligung des neuen Mannes an dem Boykott gegen den Komtur Hasso v. Treskow vom Jungdeutschen Orden."

Ein Reichsinnenminister der deutschen Republik darf also nach republikanischer Anschauung Kappist sein, darf Herbergsvater der „Olympia" sein, das alles genügt nicht, um ihn in den Augen schwarzrotgoldener Mannen zu diskreditieren. Wenn er aber so „unanständig" ist und ein Mitglied seiner Klasse verfemt, weil er nicht alle seine Ansichauungen teilt und nicht jede Maßnahme billigt, dann, ja dann wird auch Herr Georg Bernhard wild und macht in „Opposition".

Oberschlesische Gemeinde- und Kreistagswahlen

Die Kommunisten die zweitstärkste Partei

Am Sonntag fanden in Oberschlesien Gemeinde- und Kreistagswahlen statt, die durch die oberschlesischen Umgemeindungen notwendig geworden waren. **Ein Vergleichsmoment der Wahlzahlen mit früheren Resultaten ist deshalb nicht möglich, um so mehr, als die Wahlbeteiligung nur 48 Prozent betrug.** Immerhin zeigt das Zahlenverhältnis zwischen KPD. und SPD.-Stimmen, daß die KPD. in Oberschlesien **die Führung hält und die SPD. nach wie vor hinter den Stimmen der KPD. zurückbleibt.** An Resultaten liegen vor (wir bringen hier nur die vier wichtigsten und größten Parteien):

Stadtverordnetenwahlen

Groß-Gleiwitz (Stadt): Kommunisten 4144, Sozialdemokraten 2165, Deutschnationale 2981, Zentrum 11 672.

Groß-Hindenburg (Stadt): Kommunisten 9236, Sozialdemokraten 5823, Ordnungsblock (Deutschnationale bis Deutsche Volkspartei) 5440, Zentrum 10 753.

Beuthen (Stadt): Kommunisten 3704, Sozialdemokraten 2277, Deutschnationale 2807, Zentrum 6852.

Ratibor (Stadt): Kommunisten 1306, Sozialdemokraten 1191, Deutschnationale 2317, Zentrum 7313.

Kreistagswahlen

Ratibor (Land): Kommunisten 1587, Sozialdemokraten 1236, Deutschnationale 2899, Zentrum 7220.

Gleiwitz (Land): Kommunisten 2015, Sozialdemokraten 1773, Deutschnationale 2578, Zentrum 9389.

Beuthen (Land): Kommunisten 4537, Sozialdemokraten 3215, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 2562, Zentrum 4038.

Kosel (Land): Kommunisten 1431, Sozialdemokraten 2250, Deutschnationale 2360, Zentrum 7565.

*

Die Zahlen zeigen deutlich, daß mit Ausnahme des Kreises Kosel (Land) die Kommunisten überall gegenüber den Sozialdemokraten die Führung haben. **Auch sind die Kommunisten stärker** (im Gesamtresultat) **als die Deutschnationalen.** Sie reichen aber noch lange nicht an die Stärke des Zentrums heran, das nach wie vor in Oberschlesien den stärksten Einfluß unter den Massen besitzt, der mit allen Mitteln der Verdummung und Demagogie durch die dortigen katholischen Geistlichen gehalten wird. Die sozialdemokratische Presse schreibt, wenn auch in vorsichtiger Weise, in ihren Montags-Ausgaben **von einem Sieg der Sozialdemokraten.** Eine solch optimistische Schilderung ist nicht gerechtfertigt, wenngleich sich auch die SPD. von ihrem Zusammenbruch 1924 erholt hat. Die reinen Zahlenverhältnisse zwischen den einzelnen Parteien beweisen klar, daß das **Zentrum die stärkste Partei ist, daß dann die Kommunisten folgen, in kurzem Abstand die Deutschnationalen und dann erst die Sozialdemokraten.**

Warum denn mit Hochverrat, wenn es auch anders ginge!

Die SPD.-Presse versucht die feierliche Entschuldigung des Reichsbannerkameraden Marx vor der getrunkenen Ehre des Kappisten Keudell mit einem Kommentar, der festgehalten werden muß. Unter dicken Schlagzeilen gegen die „Rechtfertigung des Hochverrats" ist im „Vorwärts" ein Geständnis zu lesen, das selbst für die Oppositionshelden der SPD. ein starkes Stück bedeutet. Sie lassen nämlich dort ganz unverhohlen durchblicken, daß sie durchaus verständlich gehalten hätten, wenn der Reichsbannerkamerad Marx, in der Bürgerblock-Regierung, wo er eben Dienst tut, „aus Opportunitätserwägungen" Herrn von Keudell gehalten hätte, wörtlich:

„Die Zwangslage, in der sich das Zentrum im Bürgerblock befindet, hat es genötigt, diese Anschauungen hinter politische Opportunitätserwägungen zurückzustellen . . . Die Führung des Zentrums hätte unter dem Zwang der Lage ihre Opportunitätsentscheidung mit Opportunitätsgründen verteidigen können."!!

Wie man sieht, verfolgt der Parteivorstand der SPD., getreu der Hörsing-Linie, mit warmer Sympathie und tiefem Verständnis die „Zwangslage" ihres vorübergehend abkommandierten Reichsbannerkameraden in seiner neuen Kondition. Aber geradezu unverzeihlich scheint der SPD., daß man in dieser Lage sich bis zur juridischen Rechtfertigung von Hochverrätertei versteigt. Der „Vorwärts" stellt mit Recht fest, daß nach Marx jeder Beamte der Republik verpflichtet sei, während des Belagerungszustandes sich einem meuternden Militärbefehlshaber zu unterordnen. In dieser „wahnwitzigen Deduktion" des Herrn Marx liege ein Angriff auf die Verfassung, der die völlige Entwertung des Beamteneides bedeute.

Die SPD.-Presse, die so großes Verständnis für Opportunitätsentscheidungen aufbringt, vermag freilich kein Verständnis dafür aufzubringen, daß es die vornehmlichste Aufgabe der Bürgerblock-Regierung ist, mit verfassungsmäßigen Mitteln die Verfassung zu erledigen. Es wird heißlam sein, die sozialdemokratischen Arbeiter bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß mit der leichtlichen Rehabilitierung des Olympiers und Kappisten von Keudell nun auch formal festgelegt ist daß unter dem Deckmantel der demokratischen Verfassung die Bürgerblock-Regierung das Geschäft der Gegenrevolution besorgen wird. Sie wird dazu so lange die Macht haben, so lange die Arbeiterklasse das Oppositionstheater der Opportunisten mitmacht.

Das Erwerbslosenversicherungsgesetz

Die Sozialdemokraten in einer Front mit den Bürgerlichen

Der Sozialpolitische Ausschuß begann am Donnerstag, dem 10. Februar, mit der Einzelberatung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes, und zwar mit dem zweiten Abschnitt, der die Versicherungspflicht behandelt. Die Kommunisten beantragten, zu dem § 34 die freiwillige Versicherung zu schaffen, daß auch denjenigen, die als Angehörige freier Berufe sowie den kleinen Händlern usw. ebenfalls die **Möglichkeit der Versicherung gibt.** Die Regierung, wie die Regierungsparteien wandten sich gegen den Antrag und betonten, daß die Einführung einer freiwilligen Versicherung ein außerordentlich schwieriges Problem sei.

Der Genosse Rädel brandmarkte das Verhalten der Regierungsparteien, die durch ihre Stellung nur verhindern wollen, daß die freiwillige Versicherung im Gesetz aufgenommen wird. Die Regierungsparteien wollten mit ihrer Haltung erreichen, daß die verarmten Mittelständler, Pächter und andere **der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstellt bleiben,** um auf diese Weise jede Verbindung dieser Schichten mit der Arbeiterschaft auszuschalten. Der Paragraph 35 enthält Bestimmungen, die besondere Gruppen von Arbeitern für nicht versicherungspflichtig erklären. Es kommen hierbei auch in Frage die Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Anwesen und ihrer Angehörigen, die nicht vom Ertrag ihres Kleinbesitzes leben können und deshalb gezwungen sind, Lohnarbeit zu verrichten. Die Kommunisten beantragten, **auch diese Arbeiterschichten** in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen, indem sie die Streichung des in Frage kommenden Ausnahmeparagraphen verlangten

Die Regierungsparteien, wie auch die Sozialdemokraten, kämpften mit sehr schwachen Argumenten gegen die Anträge der kommunistischen Fraktion. Der Sozialdemokrat **Hoch mußte die Beweisführung der Kommunisten anerkennen. Trotzdem stimmte die sozialdemokratische Fraktion mit den bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die kommunistischen Anträge.** Auch in der Schlußabstimmung über die Paragraphen 34 und 35 stimmten die **Sozialdemokraten geschlossen mit den Regierungsparteien** für die Regierungsvorlage. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet heute, den 11. Februar, statt.

Die Kriegsopfer und die Krankenkassen

Nach Paragraph 14 des Reichsversorgungsgesetzes erhalten die Krankenkassen die Unkosten, welche ihnen aus den Heilbehandlungen oder Versorgungsleiden ihrer Versicherten entstehen. Am 1. April 1927 endet der Anspruch der Kassen an das Reich. Schon stets bestanden die Bestrebungen, diese Kosten den Krankenkassen aufzulegen.

Die Kommunistische Partei steht auf dem Standpunkt, daß diese Kosten nicht die Krankenkassen zu tragen haben. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, daß die Frist bis zum 1. April 1930 verlängert wird. Nach den Mitteilungen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen waren im Jahre 1924 im ganzen 11 278 Fälle und im Jahre 1925 insgesamt 13 790 Fälle von Krankheitsfällen dienstbeschädigter Kassenmitglieder. Diese Aufstellung bezieht sich nur auf 41 Ortskrankenkassen. Also eine Steigerung von 22 Prozent.

Auch das ist ein Zeichen dafür, wie es mit der Gesundheit der deutschen Kriegsbeschädigten steht.

Dringend notwendig ist eine Aufbesserung der Renten sowie die Annahme dieses Antrages.

Steigerung des Terrors in Litauen

Auch Sozialdemokraten werden interniert — Verbot der gesamten Gewerkschaftspresse — 16 Gewerkschaften geschlossen

Kowno, 14. Februar.

In ganz Litauen finden zurzeit auch Massenverhaftungen von Sozialdemokraten statt. 28 sozialdemokratische Führer wurden in dem Konzentrationslager Worny interniert, ferner wurden bisher 16 Gewerkschaften, die angeblich eine „antistaatliche Agitation" betrieben — geschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion des Sejm hat daraufhin einen Protest an die Regierung gerichtet. Sämtliche Gewerkschaftszeitungen Litauens sind verboten; zurzeit erscheint nur die sozialdemokratische Zeitung „Sozialdemokratas", die aber größtenteils aus weißen Stellen besteht.

Der Vatikan zieht in Litauen ein

(OE) **Kowno**, 13. Februar.

Die clerikale Presse teilt mit, daß die päpstliche Kurie den Erzbischof Sciappa zu ihrem Vertreter in Kowno ernannt hat und daß die litauische Regierung dazu bereits ihre Zustimmung erteilt habe. Somit werden nun die seit längerer Zeit unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Litauen und dem Vatikan wieder aufgenommen.

Dritte Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion

Moskau, 14. Februar.

Heute wurde die dritte Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion vom Präsidenten der usbekischen Republik Mussabekow eröffnet, der erklärte, daß die Volkswirtschaft der Sowjetunion auf allen Gebieten das Vorkriegsniveau erreicht habe. Die Aufmerksamkeit der Regierung wende sich vor allem der weiteren Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu.

Die 2. Internationale als Filiale des europäischen Imperialismus

Ein Konsortium der Heuchler

Die von uns gestern kurz erwähnte Sitzung des Exekutivkomitees der 2. Internationale, die am Sonnabend in Paris zusammentrat, nahm durch die steigenden Kriegsgefahren und den Druck der Massen gezwungen, eine lahme Protestkundgebung gegen den amerikanischen Imperialismus an. Zu den Ereignissen in China begnügte man sich mit einer Resolution, die die Unabhängigkeitsbewegung Chinas „beglückwünscht".

Kein Wort gegen den europäischen Imperialismus. Kein Wort gegen das imperialistische England, das heute als Völkerbundsmitglied gegen ein anderes Mitglied dieses Bundes, China, ohne den Völkerbund überhaupt zu fragen, bewaffnete Heere und Kriegsschiffe auffahren läßt. Den europäischen Imperialismus rügt man mit keinem Wort, sondern rühmt ihn durch das erneute kindisch wirkende Bekenntnis zum Völkerbund, „der den Völkerfrieden durchsetzen werde".

In dem angenommenen Manifest wird „die Zusammenarbeit der gesamten sozialistischen Presse aller Länder gegen den italienischen Faschismus sowie gegen seine Vasallen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien" gefordert. Es ist bezeichnend, daß die 2. Internationale die Augen verschließt **vor dem von England geförderten Faschismus in den Randkaaten** (Litauen, Polen). So fordert man durch Stillschweigen die Pläne des englischen Imperialismus. Noch größer aber ist die Heuchelei in der Frage des italienischen Faschismus. Kein Wort davon, daß soeben **die hervorragendsten reformistischen Arbeiterführer,** Mitglieder der 2. Internationale, ihren **Uebertritt zu Mussolini vollzogen haben.** Das zeigt am besten, wie es mit dem Kampf gegen den Faschismus bestellt ist, wenn man **nicht einmal ein Wort der Abgrenzung** gegen d'Aragona und Konsorten zu sagen weiß. Mels rundete diese Heuchelei ab, indem er **eine Aufwärmung des Sowjetgranatenschwindels** zum Besten gab. In der Tat ein ohnmächtiger Versuch, Faschismus und Kommunismus zusammenzukoppeln, wo nicht nur der Uebertritt der italienischen Gewerkschaftsführer zum Faschismus und die Tatsache des vollkommenen Bankrotts der Koalitionspolitik im internationalen Maßstabe den Arbeitern bewiesen hat, **wo die Steigbügelhalter und die Ueberläufer zum Faschismus sich befinden.**

Schlußsitzung des Anti-Kolonialkongresses in Brüssel

(Eig. Drahtm.) **Brüssel, 15. Februar.**

In der gestrigen Vormittagssitzung des Antikolonialkongresses wurde von dem „Hände-weg-von-China-Komitee" berichtet. Es wurde u. a. beschlossen, eine Delegation nach China zu entsenden, Streiks zu organisieren, die Herstellung von Munition zu unterbinden und Kriegstransporte zu verhindern. Die Konferenz fordert die Amsterdamer Internationale auf, eine Aktion für China zu organisieren und beschloß, für folgende Forderungen einzutreten: **Verhinderung der Munitions- und Truppentransporte nach China! Anerkennung der Kanton-Regierung! Volle Unabhängigkeit Chinas! Zurückziehung der Truppen!**

In der Schlußsitzung des Kongresses machte der Vorsitzende, Genosse Münzenberg, Mitteilung, daß auf dem Kongreß eine **„Weltliga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung, für nationale Freiheit" gegründet worden ist.** Die aktuellste Aufgabe sei: Aktive Hilfe für Chinas Befreiungskampf. — Zum Sitz des Bureaus der „Weltliga" wurde Paris bestimmt. In die ständige Exekutive wurden u. a. gewählt: Zimmen, Münzenberg, Barbusse, Lansbury und Liau. Spät in der Nacht wurde der Kongreß geschlossen.

Der „Vorwärts" pöbelt den Antikolonialkongreß an

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Februar.**

Der heutige Morgen-„Vorwärts" pöbelt in einem Artikel den Antikolonialkongreß an und nennt ihn ein halbkommunistisches Gebilde, mit dem sozialdemokratische Arbeiter nichts zu tun hätten. Der „Vorwärts" behauptet, die Sozialdemokraten, die Aufrufe dieses Kongresses unterschrieben hätten, wären über die eigentlichen Ziele nicht unterrichtet. Im übrigen hätten die Kommunisten kein Recht, gegen koloniale Unterdrückung zu protestieren. Benutzt doch der „russische Imperialismus" die Kolonialvölker genau so als Schachfiguren wie der englische. Er weist dann auf Georgien hin und schreibt zum Schluß:

„Der ablehnende Standpunkt der Sozialdemokratie sei notwendig gerade im Interesse des Erfolges des sozialdemokratischen Kampfes gegen die Reaktion."

Was das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokraten schreibt

Der sozialdemokratische „Le Peuple" in Brüssel schrieb am dritten Tage des Kongresses, am 12. Februar, über den Antikolonialkongreß in Brüssel:

„Es wird künftig ein Ruhmesblatt in der Geschichte Brüssels und Belgiens sein, daß in diesen Mauern dem ersten internationalen Kongreß der unterdrückten Völker Gastfreundschaft erwiesen wurde."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0002

Die SPD. in den Maschen ihrer Politik verstrickt

(Vom Arbeiterkorrespondenten Gg. L.)

(Schluß)

Werktätige Mitglieder der SPD.!

Würdet Ihr einmal die Möglichkeit haben, von einem Tage nur die Hälfte Eurer Parteizeitungen gründlich durchzulesen, Ihr würdet verzweifelt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Soviel Zeitungen, soviel Meinungen und Widersprüche in Grundsatz und Taktik Eurer Partei. Keine Stunde länger würdet Ihr diese gescheiterte Politik durch Eure Mitgliedschaft decken. So kennt Ihr nur die „Rechten" und „Linken" in Eurer Partei, kennt aber nicht das politische Auf und Nieder auch der sogenannten Linken. Ihr habt Euch für die „Linie" der Opposition entschieden. Ist Euch aber schon klar geworden, daß die praktische Politik der Parteivorstand entscheidet? Sein Urteil über die Schreibweise der einzelnen Zeitungen, die sich scheinbar widersprechen, läuft auf folgendes hinaus: Alles ist in bester Ordnung. Wir Kommunisten aber sagen Euch: Einen so heillosen politischen Wirrwarr in einer einzelnen Partei hat die Welt noch nie gesehen. Wir sagen wahrlich nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß Ihr Euch mit einem Fuße bereits im Lager der KPD. befindet, d. h.

Ihr habt mit der Ideologie Eurer Führer gebrochen.

Was Euch noch fehlt, ist die Erkenntnis, daß die radikale Schreibweise der Opposition nur den einen Zweck haben kann, Euren noch nicht verlorenen Willen zur sozialen Revolution zu beschwichtigen, damit Ihr nicht den zweiten Schritt, den organisatorischen Austritt aus der Partei der gescheiterten Politik, vollzieht. Ihr habt noch nicht einsehen gelernt, daß es in Eurer Partei zwei offizielle Meinungen geben muß, die des Parteivorstandes, der die praktische reformistische Politik macht, und die der Opposition, die die öffentliche Meinung fabriziert. In Eurer Partei wird ein politisches Doppelspiel getrieben, um Euch irrezuführen. Dem klassenbewußten revolutionären Arbeiter stehen dabei die Haare zu Berge.

Wenn schon die „Frankfurter Volksstimme" offen zugibt, daß die Politik der Reichstagsfraktion (lies Parteivorstand) seit Jahr und Tag zur Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie geführt hat und somit die Politik Eurer Führung gescheitert ist, warum zieht Ihr nicht dann die Konsequenzen?

Sagt uns: Was hat die „Linke" praktisch getan, um die ins Verderben führende Politik zu bekämpfen? Nichts, rein gar nichts! Was besagen angesichts dieser Tatsachen Eure Zweifel an der Richtigkeit der „Enthüllungen" über die Sowjet-Granatenlieferungen an Deutschland, wenn Ihr nicht erkannt habt, daß diese „Enthüllungen" bei einem gleichzeitigen Verschweigen der imperialistischen Kriegsrüstungen gegen Sowjet-Rußland und dem faschistischen Terror in Litauen mehr als verdächtig sind? Euer Mißtrauen und Unglauben, den Ihr auf die Frage, ob Ihr die Politik Eurer Parteileitung verteidigen könnt, in Gesprächen gegenüber den kommunistischen Genossen zum Ausdruck bringt, hat noch keine oder doch nur geringfügige Auslösung gefunden.

Ihr dokumentiert damit den Verzicht auf die selbständige politische Entscheidung in der sogenannten hohen Politik.

Dieser Verzicht wird sich rächen. Was nützen Euch die Beteuerungen Eurer Führer — und gerade der sogen. „Linken" in den öffentlichen Versammlungen, wo sie unter dem unmittelbaren Druck der Massen stehen, daß auch sie gegen einen Krieg gegen Sowjet-Rußland sind, wenn sie in der praktischen Politik den Völkerbund stützen und auf den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie verzichten? Ihr, Arbeitergenossen von der SPD., befindet Euch auf falschem Wege, wenn Ihr glaubt, die Verbrechen Eurer Führer als bloße politische Fehler, wie sie jede Partei macht, entschuldigen zu müssen. Ein Fehler in dem Kampf um die Durchführung der sozialen Revolution muß unterschieden werden von einer ganzen Kette von Verrätereien, die ihre Grundlage in der gescheiterten Politik haben.

Was will die KPD.?

Die KPD. führt einen hartnäckigen, scharfen Kampf gegen diese gescheiterte Politik, die von Euch vielleicht erkannt, aber noch nicht revidiert ist. Sie führt diesen Kampf gegen Eure Führer, weil wir zu ihnen in einem anderen Verhältnis stehen, als zu Euch. Ihr, werktätigen Mitglieder der SPD., seid unsere Klassengenossen, mit denen wir gemeinsam den Kampf zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung führen. Ihr habt mit uns Schulter an Schulter gekämpft im Betrieb gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für Erhöhung der Löhne, gegen die durch die Rationalisierung bedingte verschärfte Ausbeutung, und auf der Straße demonstriert gegen die Fürstenabfindung, gegen die Klassenjustiz. Ihr habt mit uns gemeinsam gekämpft gegen die Kappisten und die monarchistische Konterrevolution. Wir Kommunisten fühlen uns mit Euch verbunden und Ihr mit uns. Eure Führer aber verachten wir, weil sie für die falsche Politik verantwortlich sind, die nun auch ein Teil Eurer Partei erkannt hat, zum anderen aber nicht müde werden, unsere Partei, die die Falschheit der SPD.-Politik nur eher erkannt und aufgezeigt hat, mit Schmutz zu besudeln und unsere Führer zu verunglimpfen. Ja, die niederträchtigsten Verleumdungen werden über uns ausgeschüttet. Eure Führer hetzen nach wie vor gegen das Land der Arbeiter- und Bauern-Regierung, das im sozialistischen Aufstieg begriffen ist, was ja die Arbeiterdelegationen mit eigenen Augen wahrgenommen haben. Sie kämpfen gegen die soziale Revolution, weil sie als Bluthunde durch die Geschichte gehen wollen, wie Noske von sich reden machte. Diesen, Euren Führern, trifft unsere stärkste Verachtung oder jene Achtung vor ihrer politischen Auffassung, die ihnen gebürt: rücksichtsloser Kampf der falschen Politik. Die Bourgeoisie verfährt in der Achtung vor ihren politischen Gegnern anders. Sie bringt ihre Achtung vor der politischen Ueberzeugung selbst der intelligentesten Proletarier dadurch zum Ausdruck, daß sie die Proleten, die gegen das kapitalistische System kämpfen, mit Neuen Bahnen traktieren läßt oder ins Zuchthaus sperrt. Sollten aber noch Arbeiter in der SPD. vorhanden sein, die die politischen Schläge gegen ihre Führer auf den eigenen Körper herunterlaufen fühlen? Auch sie werden früher oder später begreifen, daß sie das Objekt der Politik ihrer Führer sind — insbesondere der angeblich Linken —. Sie werden einsehen, daß sie nur um der Position der Führer willen, die sie in den einkömmlichen Staatsstellungen haben, mißbraucht werden. Ihr Kampf gilt den Bolschewisten der ganzen Welt mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Der politische Mißbrauch der Parteimitgliedschaft in der SPD. verdient darum unsere besondere Beachtung, weil er von breiten Teilen der Arbeiterschaft noch nicht genügend scharf erkannt wurde. Wir wollen deshalb hier einige Tatsachen anführen, die den „mittelbaren" Mißbrauch der breiten Mitgliedschaft in der SPD. augenfälliger machen. Vorerst einmal raten Euch Eure Führer ab, in die kommunistischen Versammlungen und Veranstaltungen zu gehen. Warum? Damit die SPD.-Arbeiter nicht mit den kommunistischen Bazillen durchsetzt werden. Schrecklich! Die Kommunisten sind doch gefährliche Kerle!

Dann droht man Euch mit Ausschluß,

sofern Ihr Euch als Delegierte nach Sowjet-Rußland schicken laßt, weil dadurch die Gefahr besteht, daß Ihr als erbitterte Gegner der Falschmeldungen über Rußland wiederkommen könntet. Die Führer drohen mit Ausschluß, wenn Ihr Euch als Delegierte zum Kongreß der Werktätigen entsenden laßt, weil Ihr die Wahrheit hören würdet. Die Führung der GEG. droht mit Auflösung der Konsumvereine, die eine proletarische Arbeitsklasse liegt. Wir erinnern an die Volksentscheidskampagne und dem darauf folgenden Verrat, der durch die Stimmenthaltung den Fürsten Millionen Werte einbrachte. Wir könnten noch unzählige Beispiele anführen. Alles, alles hat die Führung der SPD. getan, nur nicht die in den öffentlichen Versammlungen gemachten Versprechungen eingelöst. Ist das nicht eine grenzenlose Spekulation Eurer Parteileitung auf die Duldsamkeit der eigenen Mitglieder? Ist es weiterhin nicht eine grenzenlose Spiegelfechterei, wenn die Führung der SPD. darüber jammert, daß der Sozialismus an Werbekraft eingebüßt hat, wo sie doch nichts getan hat, um durch ihre praktische Politik den Gedanken des Sozialismus zu fördern? Wo ist ein Schwinden der Werbekraft des Sozialismus jenseits der östlichen Grenzen zu sehen? Das Proletariat und die Bauernschaft Sowjet-Rußlands blickt mit wachsender Zuversicht auf die Erfolge ihrer sozialistischen Aufbauarbeit zurück! Das ist eine Tatsache, die ihre Anerkennung vor allem auch darin findet, daß die gesamte kapitalistische Welt fieberhaft rüstet, um einen weiteren Auf- und Ausbau der Räterepubliken in der Richtung des Sozialismus durch einen Interventionskrieg zu hinterreiben. Und nun zu guter Letzt

die Haltung der SPD. zur Regierungskrise?

An Stelle von Taten stehen salbungsvolle Reden von „staatspolitischer Klugheit und Notwendigkeit". Doch auch diese Reden haben ihren Zweck. Die Mitglieder der SPD. werden zum Studium dieser neuen Theorien vom „veränderten Klassenkampf" angehalten, damit die Arbeitermitglieder einen vollgepfropften Schädel erhalten sollen und sich abwenden von der Bahn des unverfälschten Klassenkampfes. Macht es sich noch notwendig, Beispiele von der neuen Methode des Austragens der Klassengegensätze, dem Verschieben des Klassenkampfes auf das Gebiet juristischer Spitzfindigkeiten, dem Schlichtungsschwindel anzuführen? Nein! Nein! Die verdammten Kommunisten, die diesen Verrat aufdecken, würden sie am liebsten mit Haut und Haaren fressen, weil wir sie in ihrem Frieden stören.

Arbeiter der SPD.!

Wir fragen Euch! Liegt es im Interesse der gesamten proletarischen Klasse, wenn ihr revolutionärer Vortrupp, die Kommunistische Partei, gehetzt wird wie ein Edelwild, um sie zu vernichten, ihre Führer abzuschlachten oder ins Zuchthaus zu stecken? Sozialdemokratische Arbeiter! Glaubt Ihr angesichts der oben angeführten Tatsachen an eine organisatorische und politische Vereinigung zwischen SPD. und KPD.? Ihr glaubt nicht daran, weil Ihr der KPD. nicht zumuten wollt, mit „Siebenmeilenstiefeln" den falschen eingeschlagenen Weg seit 1918 zurückzugehen, eine Politik zu treiben, die heute von einem großen Teil Eurer eigenen Parteigenossen als gescheitert angesehen wird. Wahrlich! Es ist nicht einmal leicht, den ganzen Dornenweg der deutschen Revolution auch nur ideologisch zurückzugehen. Schmerzerfüllt stehen wir an den Gräbern unserer gemordeten Brüder. Die politische Grundsatzlosigkeit Eurer Partei, die sich nicht nur offenbart in dem permanenten Verrat der proletarischen Interessen, die die Niederknüppelung der deutschen Revolution zur Folge hatte, sondern auch in dem Pattieren Eurer Führung mit den von der KPD. ausgeschlossenen Korsch, Katz, Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Scholem, Schwan spricht Bände. Auch diese Tatsache kann als eine politisch-chemische Verbindung angesehen werden, bei der die Gesetze der Verwandtschaft außer Kraft gesetzt sind. Eine Einigung auf dieser Grundlage würde ein Einheitsbrei werden, der keine politische Schlagkraft besitzt. Eine solche Einheit hieße den freiwilligen Verzicht auf die Revolution auch seitens der KPD. Nie und nimmer sollt Ihr oder wir dafür eintreten.

Werktätige Männer und Frauen der SPD.! Wenn Ihr aber schon an der Richtigkeit der von Eurer Führung getriebenen Politik zweifelt,

warum zieht Ihr nicht die Konsequenzen?

Doch Ihr habt noch Ideale! Stimmt! Diese Eure Ideale aber in die Wirklichkeit umzusetzen, heißt mit den Kommunisten gemeinsam die praktische politische und wirtschaftliche Kleinarbeit nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verrichten, heißt weiter vorzustoßen bis zum endgültigen Siege des Sozialismus, heißt Diktatur des Proletariats! Voraussetzung für eine solche Einheitsfront ist die restlose Ueberwindung der politischen Voreingenommenheit, daß Eure Partei das Erbe Karl Marx' noch hüte.

England auf dem Kriegspfad

England bricht die Verhandlungen mit Tschen ab

London, 15. Februar.

Der britische Gesandtschaftsrat O'Malley hat die Verhandlungen mit dem Außenminister Kantons, Tschen, abgebrochen. „Times" meldet aus Hankau: Der britische Gesandtschaftsrat O'Malley werde im Laufe des heutigen Tages eine Erklärung über die Verhandlungen mit Tschen abgeben. — Der Abbruch der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Landung der englischen Regimenter in Schanghai bedeutet, daß die englische Regierung vorerst lediglich die Drangnotgths und die bewaffnete Macht sprechen lassen will. Es ist eine pure Heuchelei, wenn das Organ des Außenministers Chamberlain, die „Times", in einem Leitartikel zum Abbruch der Hankauer Verhandlungen schreibt, daß es verkehrt wäre, den Abbruch der Verhandlungen tragisch zu nehmen, der letzten Endes nur ein Zwischenfall in der langsamen und mühseligen Entwicklung eines außerordentlich schwierigen Problems sei.

Zwei englische Regimenter in Schanghai gelandet

(Reuter.) Schanghai, 14. Februar

Zum ersten Male seit dem Boxeraufstand sind europäische Truppen hier gelandet. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptkirchen von Schanghai. Der Marsch, der über eine Strecke von insgesamt fünf englische Meilen Länge zu den vorgesehenen Quartieren ging, hatte riesige Menschenmassen angezogen. Die Truppen wurden von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Protest des chinesischen Völkerbundsdelegierten

Genf, 14. Februar

Der ständige Delegierte Chinas beim Völkerbund übermittelte der Presse eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß die England-Militär-Politik in China der Einschüchterung der Chinesen diene und nicht mit dem Völkerbundspakte im Einklang stehe. Schanghai sei nicht englisches Gebiet. 400 Millionen Chinesen seien sich trotz innerer Zwietracht außenpolitisch einig, (?) daß China endlich den Chinesen gehören müsse. Wenn militärische Komplikationen entstehe, sollten, so sei Englands Militärpolitik daran schuld. Der Delegierte wies aber darauf hin, daß China bei Aufhebung der ungleichen Verträge gern bereit sein würde, einen neuen Vertrag mit England zu schließen, der die bedeutenden englisch-chinesischen Handelsbeziehungen stärken und jeder englandfeindlichen Stimmung in China den Boden abgraben würde.

Ein Bild aus Hankau

China erwacht im Geiste von Marx und Lenin

Die „Vossische Zeitung" bringt in ihrer letzten Nummer folgende kleine Schilderung:

Das englische Weltkriegs-Siegesdenkmal an der Wasserfront des Jangtse in Hankau wurde von den Chinesen in der zweiten Januarwoche mit Anschlägen beplastert, die den besonderen Zorn der Engländer erregten. Die chinesische Presse weist bei Schilderung der Vorgänge überall darauf hin, daß die Engländer an Klubs, Gärten und öffentlichen Parks in ihren Konzessionen bis vor nicht gar zu langer Zeit die Tafel hängen hatten: „Chinesen und Hunde sind nicht zugelassen", und daß man ferner während des Krieges Tafeln angebracht hätte: „Deutsche und Hunde sind nicht zugelassen." — Die Engländer bestreiten jetzt in ihren Zeitungen, daß die Tafeln je vorhanden waren. Ich selbst habe die Tafeln „No Chinese — no dogs" noch gesehen, die auf die Deutschen bezüglichen Tafeln allerdings nicht. Die jetzigen Anschläge zeigen die Sowjetflagge mit Sichel und Hammer, dann Bilder von Sunyatsen, von Marx und Lenin. Rußland streckt seine Hand Jung-China entgegen. Dann steht ein aufgeblähter Engländer auf dem Nacken von zwei zu Boden geschlagenen Chinesen, darauf dieselben Chinesen im Kampfe mit dem Engländer. Das letzte Bild zeigt den Engländer am Boden, die Chinesen stoßen ihm das Bajonett ins Herz.

An die arbeitende Jugend Deutschlands!

Jungarbeiter! Genossen!

Die Regierung des Bürgerblocks, mit den Deutschnationalen an der Spitze, ist gebildet. Diese Bürgerblock-Regierung ist nicht etwa gleichzusetzen mit früheren Bürgerblock-Regierungen in der Art der Luther-Regierung 1925 oder der Brandenstein-Regierung in Mecklenburg. Die neuen Ereignisse im In- und Auslande geben dieser Regierung eine weit größere Bedeutung, als sie den ihr vorausgegangenen Regierungen des Bürgerblocks zukam.

Diese Bürgerblock-Regierung wurde gebildet, als die imperialistischen Mächte, unter Führung Englands, sich zu einem Block gegen die Sowjetunion und die südchinesische Revolutionsregierung zusammenschlossen mit dem Ziel, diese Länder zu überfallen und einer Neuaufteilung unter die imperialistischen Mächte zu unterwerfen. Diese Bürgerblock-Regierung wurde gebildet, als sich mit dem Erstarken des neudeutschen Imperialismus in der deutschen Außenpolitik immer stärker die Tendenz der Beteiligung an einem gegen die Sowjetmacht gerichteten Imperialistenblock durchsetzte.

Diese Bürgerblock-Regierung wurde gebildet, als die Rationalisierungsoffensive der Kapitalisten auf den Widerstand der Arbeitermassen zu stoßen begann, die werktätigen Massen immer lauter den Ruf nach der Rückeroberung des Achtstundentages erhoben und die herrschende Klasse neue Machtmittel verlangte, um den Widerstand der Massen gegen ihre Ausbeuterpläne brechen zu können.

Diese Bürgerblock-Regierung ist eine Regierung des aktiven Imperialismus, eine Regierung der Kriegsvorbereitung, der Kriegshetze gegen die Sowjetunion.

Diese Bürgerblock-Regierung ist, innerpolitisch gesehen, die Regierung der Scharfmacher, der schwärzesten Reaktion, die den Achtstundentag für immer beseitigen, den Lohn herabdrücken und die soziale Gesetzgebung verschlechtern will.

In diesem Augenblick ruft der Kommunistische Jugendverband Deutschlands die Jungarbeiterschaft Deutschlands zu erhöhter Wachsamkeit und schärfsten Kampf auf.

Auf innerpolitischem Gebiete drohen der werktätigen Jugend die Gefahren weiterer Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen: Senkung des Lohnes, Vergrößerung der Lohnspanne zwischen erwachsenen und jugendlichen Arbeitern, Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung des Urlaubs und für die erwerbslosen Jungarbeiter insbesondere der Abbau der Erwerbslosenunterstützung durch die für den 1. April 1927 vorgesehene Erwerbslosenversicherung. Schon arbeitet man in den Parlamenten und Ministerien an den zur Knebelung der Jungarbeiterschaft bestimmten Gesetzen: das Erwerbslosenversicherungsgesetz, das „Arbeitsschutzgesetz", das neue Reichsvereinsgesetz und das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten. Das vorgesehene Reichsschulgesetz und das Konkordat bringen die Verpfaffung der Schule, unter Umständen sogar die Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen, wie es bereits in Baden und anderen Teilen des Reiches der Fall ist. Die Bürgerblock-Regierung wird auch den seit langem gehegten Plan einer Abänderung des Wahlrechts und der Heraufsetzung des Wahlalters wieder aufnehmen.

Gegen alle diese Gefahren gilt es, den entschiedensten Kampf aufzunehmen, gilt es, die Jungarbeiter unter unseren Losungen zu sammeln:

Gegen den neudeutschen Imperialismus!

Gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges!

Gegen die reaktionäre Bürgerblock-Regierung! Für Auflösung des Reichstages!

Gegen alle Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Jugend!

Gegen den geplanten Abbau der Erwerbslosenunterstützung durch die Arbeitslosenversicherung!

Für ausreichende Unterstützung für die jugendlichen Erwerbslosen!

Für die Forderungen der arbeitenden Jugend!

Für eine Regierung der Arbeiter und Bauern!

Berlin, den 12. Februar 1927.

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0003

Neues aus aller Welt

Der Fall Machan

Die amtliche Pressestelle veröffentlicht entgegen anders lautenden Behauptungen der Presse über den Fall Machan eine Mitteilung, in der u. a. ausgeführt wird: Nach den eigenen Angaben der Mutter des Mädchens entbehren die Angaben über die rohe Behandlung der Tochter bei der Polizei der tatsächlichen Unterlagen. Auch die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die beteiligten Beamten einwandfrei gehandelt haben. Nach den amtlichen Untersuchungen liegt ferner weder eine Vernachlässigung noch ein Verschulden bei der ärztlichen Behandlung der Machan im Krankenhause vor. Die Kur wurde sorgfältig und individuell durchgeführt. Eine Nachprüfung durch auswärtige Autoritäten ist eingeleitet. Das Mädchen wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Mutter aus der Krankenanstalt entlassen und ist bald im Hause der Eltern verstorben. Nicht das Buch hat Anlaß zum Einschreiten gegen die Mutter gegeben, sondern die Zeugenaussagen, die anläßlich der amtlichen Ermittlungen über die gegen die Behörden erhobenen Beschuldigungen gemacht wurden.

Diese amtliche Verteidigungsschrift ist sehr vorsichtig abgefaßt. Zunächst wird mitgeteilt, daß die Angaben über die rohe Behandlung der Grete Machan durch die Polizei jeder Grundlage entbehren. Es können Tausende von Fällen angeführt werden, in denen Privatpersonen über rohe Behandlung Klage führten. Tatsächliche Unterlagen, das heißt: positive Beweise fehlten natürlich, da die Polizei sich schwer hüten wird, irgendwelche ungesetzliche Handlungen im Beisein von zweifelhaften Augenzeugen zu begehen. Es bleibt abzuwarten, ob doch nicht noch Unterlagen herbeigeschafft werden.

Auch die Aerzte sind „unschuldig" wie junge Lämmer. Dagegen spricht allerdings der Tod des bedauernswerten jungen Mädchens, das weder eine Dirne war, noch eine Geschlechtskrankheit hatte und trotzdem als Dirne behandelt und gezwungen wurde, sich im Krankenhaus einer Kur zu unterziehen. Diese Kur (die an einer Gesunden vorgenommen wurde) soll „sorgfältig" und „individuell" durchgeführt worden sein.

Das ist zu glauben, denn Grete Machan ist ja auch dieser Sorgfalt entsprechend „vorschriftsmäßig" und rein „individuell" gestorben.

Das amtliche Dementi ist eine vergebliche Mohrenwäsche.

Das Urteil im ersten Moabiter Aktendiebstahlsprozeß

In später Abendstunde wurde heute im ersten Moabiter Aktendiebstahlsprozeß das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt Justizinspektor **Pahlke** und Justizobersekretär **Rossel** wegen gemeinschaftlicher schwerer Aktenbeseitigung und Bestechung zu je einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe und zu drei Jahren Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Ludwig **Meyer** wegen Anstiftung zur erschwerten Aktenbeseitigung in Tateinheit mit Bestechung zu einem Jahre Gefängnis. Die Bestechungsgelder wurden für verfallen erklärt. Der Angeklagte **Liecke** wurde freigesprochen. — In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: das Gericht hat **Liecke** der Beihilfe zur Bestechung schuldig befunden, ihn aber freigesprochen, weil erhebliche Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit bestehen. Das Gericht hat Dr. Meyer milde beurteilt, weil er weitestgehendes Mitleid verdient und den Haftbefehl gegen Dr. Meyer aufgehoben, da Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr nicht bestehen.

Furchtbare Zahlen aus der Hindenburg-Republik

Nach amtlichen Ermittlungen sind im Berliner Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg insgesamt 7 380 Kinder regelmäßig ohne erstes Frühstück zur Schule gekommen. Kein warmes Mittagsessen erhielten in diesem Winter 605 Kinder. In zehn Schulen konnten 3800 Kinder ermittelt werden, die im Einzelbett schlafen, während annähernd ebensoviel Kinder mit Geschwistern zusammenschlafen müssen. 429 Kinder teilen das Ruhelager mit Erwachsenen. 1238 Kinder waren unzureichend bekleidet. In vier Fällen schliefen die Kinder mit fremden erwachsenen Personen zusammen. In einem Falle vier Kinder in einem Bett. Von den Kindern wurde ferner angegeben, daß in 161 Fällen vier bis sechs Personen in einem Raume wohnten und schliefen. In 31 Fällen waren es sieben bis neun Personen, in einem Falle ein Schlafbursche mit unehelichen Kindern. — Bei solchen Zahlen erübrigt sich jeder Kommentar.

Der Flieger Mittelholzer in Südafrika. In einem Telegramm an die „B. Z." teilt der Schweizer Afrika-Flieger Mittelholzer mit, daß er gestern mittag um 12 Uhr im Hafen von Lourenco Marques an der Delagoa-Bai gelandet ist. Mitte der Woche soll der Weiterflug nach Kappstadt angetreten werden.

Walhalla

Telephon 283 85 Anfang 8 Uhr

Heute letzter Tag!

Das Weltstadt-Varietéprogramm mit der Welt größter Sensation

Das Auto-Ueberholungs-Rennen in der Luft!

Morgen Gala-Premiere

Die Revue der schönen Frauen!

Das Journal der Liebe

Original Wiener Ausstattungsrevue in 29 Bildern von Karl Farkas und Fritz Grünbaum

Musik von Egon Neumann

403 Hauptdarsteller:

Erste Wiener Künstler

Die berühmte Western-Gruppe

24 Original Vienna-Girls

Ueber 300 Kostüme 50 Mitwirkende

Trotz enormer Unkosten gewöhnliche Preise von 60 Pf. bis 4.— Mk.

Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen

Stadt-Theater

heute Dienstag 8 Uhr, Martha

Mittwoch, 8 Uhr: Die Cza dasfürstin

Das führende Tanz Kabarett!

Weltstadt-Programm

Nach der Vorstellung

Tanz!

National-Kassen

neu und gebraucht, mit Fabrikgarantie

Spezial-Kassen f. Konsumvereine

Vertreter: B. H. Zimmer

Leipziger Straße 63 Tel. 231 24

Von heute an steht ein frischer Transport pa. hannoversche

Ferkel, Läufer u. Futterschweine

sehr billig zum Verkauf *43

H. Richter, Trothaer Str. 80. Tel. 375

Druck

sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045. 1047. 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unseres Vertreter.

Werbt f. d. Klassenkampf

Kammerlichtspiele Merseburg

Ab Donnerstag

Das sensationelle Filmereignis

„Überflüssige Menschen"

Der erste deutsch-russische Gemeinschaftsfilm

Der Film des großen Ensembles
Ein Film von Liebe, Lust und Leid
Der Film der berühmten Stadtmusikanten
Das Geheimnis der Baßgeige
Die Tragikomödie der russischen Kleinbürger

Wenn man von diesem ersten deutsch-russischen Gemeinschaftsfilm als von einem Kunstwerk sprechen kann, so dank der Regie **Alexander Rasumnys** und dem Spiel lauter prominenter Darsteller, wie **Albert Steinbrück, Eugen Klöpfer, Hans Brausewetter, Werner Krauß, Wilhelm Diegelmann, Wera Pawlowna, Camilla v. Hollay, Elza Temary, Nikolai Malikoff usw.**

Darum wird der Großfilm „Ueberflüssige Menschen", die erste deutsch-russische Gemeinschaftsarbeit, wie überall auch in Merseburg übermütige Stimmung und einmütigen Beifall ernten *430

Für Humor sorgen 2 tolle Lustspiele

Kassenöffnung 6 Uhr, Anfang ½7 Uhr u. ½9 Uhr

Die erste Vorstellung sichert gute Plätze!

Für Liebhaber ohne Mundstück, die neue Gräfin Mariza Zigarette

in stärkerem Format, neuer Mischung und hellblauer Packung.

6 Pf

SÖHNE

JASMATZI & SÖHNE, DRESDEN 16.

Wo speise ich gut und billig ?

im

Volkspark

Burgstr. 27 Telephon 21107

Versammlungen der KPD.

Halle. Stadtteil Zentrum. Zellengruppe 1. Versammlung Mittwoch, 16. Febr., abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette".
Halle. Stadtteil Zentrum, Zellengruppe 1 und 2. Kassiererisitzung Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, in der „Kette".

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Böllberg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 15. Februar, 8 Uhr, Gasthof Wörmlitz.
Seeben. Funktionärsitzung Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser. Alle Funktionäre und Gemeindevertreter müssen erscheinen.
Lieskau. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Die drohende Kriegsgefahr und die Kriegshetze der Deutschnationalen. Referent Landtagsabgeordnete Genossin Hedwig Krüger.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Politischer Informationsabend Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" (siehe Lokalnotiz).
Wittenberg-Piesteritz. Generalmitgliederversammlung Dienstag, 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Klein-Wittenberg. Parteimitgliedsbuch und Gewerkschaftsbuch dient als Ausweis.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Fraktionssitzung aller Genossinnen im RFMB. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Alle Ortsgruppen, welche die Mitgliederliste sowie die Instrumenten-Fragebogen noch nicht eingesandt haben, werden ersucht, dies unverzüglich zu tun.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abteilung 1, Osten. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Funktionärsitzung. Ausgabe von Sparmaterial.
Halle. Abteilung 2, Süden. Freitag, 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Neubert, Beesener Straße, Mitgliederpflichtversammlung.
Halle. Abteilung 5, Zentrum. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr bei Wötzel, Unterberg, Abteilungsversammlung. Mitgliedsausweise sind mitzubringen.
Ammendorf. Spielmannszug Dienstag, 15. Februar, abends ½8 Uhr, Gesamtübungsstunde im „Burgschlößchen".
Ammendorf. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Theaterprobe. Es können auch andere Kameraden mitwirken.
Ammendorf. Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversamml.
Böllberg-Wörmlitz. Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Rauschenbach, Wörmlitz, Mitgliederversammlung.
Büschdorf-Reideburg. Freitag, 18. Febr., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus" Mitgliederversl.
Nietleben. Freitag, 18. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sonne" wichtige Mitgliederversammlung. Referent der Gauführung ist anwesend.
Wisleben. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, in Beinhorns Lokal, Mitgliederversammlung. Referent der Gauführung ist anwesend.

Jungfront

Halle. Abteilung 2, Süden. Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Pflichtversammlung.
Halle. Abteilung 3, Westen. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Abteilungspflichtversammlung.
Halle. Abteilung 5, Zentrum. Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" Mitgliederversammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 18. Februar, Demonstrationsumzug. Antreten ¾7 Uhr am Bahnhofsplatz.
Dürrenberg. Freitag, 18. Februar, bei Mennicke Generalversammlung. Jeder Kamerad muß erscheinen.
Querfurt. Freitag, 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung. Bericht von der Untergaukonferenz.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 16. Februar, Uebungsstunde des Spielmannszuges. Lokal und Zeit wie immer.
Delitzsch. Donnerstag, 17. Februar, Vorstandssitzung und Gruppenführer. Lokal und Zeit wie immer.
Delitzsch. Freitag, 18. Februar, Mitgliederversammlung. Referent Baumgärtel. Lokal und Zeit wie immer

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Mittwoch, 16. Februar, abends 7½ Uhr, Uebungsstunde der Tamboure.
Gerbstedt. Donnerstag, 17. Februar, abends 7 Uhr, bei Kamerad Zeising Sitzung der Gruppenführer und Vorstandsmitglieder. (Pflicht.)

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Donnerstag, 17. Februar, 8 Uhr, im „Volkshaus" Funktionärsitzung.

Untergau Bitterfeld

Werbebezirk Brehna. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, in Brehna (Gasthof „Erholung") Mitgliederversammlung des Werbebezirks. Ortsgruppe Landsberg-Roitzsch und Brehna Referent: Kamerad Rödel.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle (Süden). Werbebezirksversammlung Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Freundlieb" Merseburger Straße. Gäste sind willkommen.
Halle. Die Werbebezirksführerinnen haben sofort im Bureau Material abzuholen, und zwar in der Zeit von 3 bis 6 Uhr.
Halle. Fortsetzung der Sitzung aller Werbebezirksleitungen am Donnerstag, dem 17. Februar, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette". Alle Mitglieder der Werbebezirksleitungen müssen unbedingt erscheinen. Auch die Unterkassiererinnen können daran teilnehmen.
Halle (Norden). Werbebezirksversammlung Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr.
Halle (Osten). Werbebezirksversammlung Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei der Genossin Steinbrecher, Im Winkel 10. Wichtige Tagesordnung.
Eilenburg. Diskussionsabend Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, in der „Rose". Alles muß erscheinen.
Torgau. Mitgliederversammlung Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr, beim Gen. Medding, Spitalstraße 30. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.
Piesteritz. Gruppenabend Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Knape. Wichtige Tagesordnung. Mit uns sympathisierende Arbeiterfrauen sind herzlichst eingeladen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Weißenfels. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 2, Mitgliederversammlung Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 214 73

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch 8 Uhr in der „Reichskrone" Musikübungsstunde.
Halle. Mittwoch für alle Gruppenkassierer von 7 bis 8 Uhr im Bureau Arbeitsabend. Abrechnung der Beiträge.
Halle. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 4, Gruppenleitungsmitglieder-Sitzung. Jeder hat zu erscheinen.
Halle. Gruppe Westen. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Bureau Theaterprobe.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 15. Februar, Gruppenabend im „Kloster".
Querfurt. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, Spielabend im „Schützenhaus".

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Vortrag über „Russische Revolution" (Gen. Ackermann).

Unterbezirk Mansfeld

An alle Ortsgruppen richten wir die Mahnung, die Betriebsberichte sofort einzusenden!

Bezirksleitung.

Molmeck. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Gen. Grotsch Monatsversamml.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch, 16. Februar, Unterhaltungs- und Leseabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Werbt neue Mitglieder als Ersatz für die uns Ostern verlassenden Genossen.
Halle. Genossen, die Februar-Zeitungen sind angekommen. Verlangt danach.
Halle. Donnerstag, 6 Uhr, Versammlung der Bezirke 1 und 2 in der Produktiv.
Halle. Freitag, 6 Uhr, Unterhaltungsabend in der Produktiv-Genossenschaft.
Halle. Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, große Funktionärsitzung in der Produktiv.
Ammendorf. Dienstag, 15. Februar, nachm. ½5 Uhr, im Heim Liederabend. Liederbücher sind mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 18. Februar, ½5 Uhr, im Heim: Unsere nächsten Aufgaben.
Ammendorf. Sonnabend, 19. Februar, nachm. 4 Uhr, Moralunterricht im Naturfreunde-Heim.
Merseburg. Mittwoch, 16. Februar, 4 Uhr, Gruppenabend im „Kloster". Aussprache über das Zusammenarbeiten von Leitung und Pioniere.
Zeitz. Mittwoch, 16. Februar, 4 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung. Alles ausgegebene Material ist abzurechnen.
Gerbstedt. Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, Gruppenabend im Jugendheim.

Die **heimische** Industrie und der **heimische** Handel ernähren Euch

Darum

Hallenser, trinkt **Euer** Freyberg-Bräu!

66

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0004

Nr. 38 — 7. Jahrg. 1. Beilage

Halle, 15. Februar 1927

Aus den Betrieben

Die Erwerbslosigkeit wächst!

Erwerbslosigkeit bei Metallarbeitern, Angestellten und Ungelernten besonders gestiegen

Vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg wird berichtet: Die weitere erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Januar war vorwiegend (!?) saisonmäßig bedingt und wirkte sich meist in den vom Wetter abhängigen Berufsgruppen, wie im Hoch-, Tiefbau- und Verkehrsgewerbe aus. Dagegen war Ende des Monats eine geringe Belebung in der Landwirtschaft, im Braunkohlenbergbau und Kalibergbau festzustellen. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie (u. a. in der Waggon-, Kinderwagen- und Pianoindustrie) und in der chemischen Industrie (Kunstseiden- und Filmindustrie, Waschmittel-, Düngemittelindustrie) erhöhten sich, wenn auch nur geringfügig, die Anforderungen von Arbeitskräften. Gebessert war ebenfalls die Lage in der Leder- und in der Papierindustrie sowie nach vorübergehender Abschwächung im Vervielfältigungsgewerbe.

Auf dem Arbeitsmarkt für Angestellte hat sich die Vermittlungstätigkeit für männliche Angestellte etwas gehoben, dagegen ist die Nachfrage nach weiblichen Kräften zurückgegangen.

Ein Vergleich mit dem Vorjahre ergibt, daß die Arbeitslosigkeit zurzeit wieder denselben Umfang erreicht hat, wie im Januar 1926. So betrug am 1. Februar 1927 die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger 100 412, die der Krisenunterstützungsempfänger 4652, am 1. Februar 1926 betrug die Ziffer der aus der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten 104 755. In wenigen Berufsgruppen nur ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Arbeitsuchenden etwas zurückgegangen, so z. B. in der Lederindustrie von 1101 (Mitte Januar 1926) auf 962 (Mitte Januar 1927), im Bekleidungsgewerbe von 7490 auf 6028, im Baugewerbe von 15 579 auf 14 595. **Dagegen ist sie u. a. gestiegen in der Metall- und Maschinenindustrie von 18 059 auf 20 002, in den Angestelltenberufen von 5720 auf 8130, in der Gruppe für Ungelernte von 39 469 auf 41 791.**

Im Januar fiel gegenüber dem Vormonat bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen der Neuzugang von Arbeitsuchenden von 59 344 auf 54 958 und stieg der Neuzugang an offenen Stellen von 21 294 auf 24 385, sowie die Zahl der Vermittlungen von 20 360 auf 22 856. **Doch waren am Schluß des Berichtsmonats 123 587 Arbeitsuchende und 1720 offene Stellen gegen 110 933 bzw. 1348 am Ende des Vormonats vorgemerkt.**

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen stieg von 86 031 am 1. Januar 1927 auf 100 412 am 1. Februar 1927.

Auf den Reg.-Bez. Magdeburg entfielen am 1. Februar 1927 40 187 (im Vormonat 33 047), den Reg.-Bez. Merseburg 27 523 (22 827), den Reg.-Bez. Erfurt 20 025 (17 622) und auf den Freistaat Anhalt 12 697 (12 535) unterstützte Erwerbslose.

Der liebe Gott und die Bubiag

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie alle Sonntage, so sollten auch am 6. Februar die Kumpels von der Bubiag arbeiten. Schon am Donnerstag vorher wurde bekannt, daß an diesem Sonntag erst abends angefahren würde. Da freute sich ein jeder, daß wieder einmal ein freier Sonntag bevorsteht. Aber die Freude dauerte nicht lange. Am Sonnabend wurde alles wieder zum Durchfahren bestellt. Wenn wirklich einige Kumpels freihaben wollten, so konnten es von jeder Abteilung doch nur ein bis zwei Mann sein, für die dann die anderen mitarbeiten mußten. Warum wurde denn diesmal die Genehmigung vom Oberbergamt Halle nicht ausgehängt? Oder war vielleicht keine vorhanden? Das ist die liebe göttliche Weltordnung! Bei ihrer „Schaffung" hat der „liebe Gott" doch gesagt: „Sechs Tage sollst Du arbeiten und den siebenten sollst Du ruhen." Aber anscheinend gilt dieser Spruch im umgekehrten Sinne nur für die Bourgeoisie: „Sechs Tage sollst Du ruhen und am siebenten sollst Du — noch zusehen, wie die Proleten arbeiten." Diese Widersprüche zwischen Religion, Kirche und Gesellschaft sollten endlich den letzten Arbeiter veranlassen, seinen **Austritt aus der Kirche** zu erklären.

Kollegen, es hängt wirklich von uns ab, ob wir den Sonntag frei haben wollen oder nicht. Schließen wir uns zusammen, organisieren wir uns im Bergarbeiterverband und bleiben wir nicht einzeln, sondern geschlossen Sonntags der Arbeit fern und verlassen wir überhaupt schon nach acht Stunden den Betrieb, so wie es die Kollegen im Ruhrgebiet und in Schlesien verlangen und im Begriff sind, durchzuführen! Heraus aus dem Werksverein und hinein in die rote Front!

Mißstände bei dem Neubau des Flugplatzes in Schkeuditz

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf dieser Baustelle sind zurzeit etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Keine gewerkschaftliche Organisation hatte es bisher für notwendig gefunden, sich um die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieses Betriebes zu kümmern. Es blieb der Stadtverordnetenfraktion der KPD. vorbehalten, auf wiederholte Beschwerden einzelner Arbeiter hin eine Betriebsversammlung aller Belegschaften durchzuführen. Diese fand im Gasthof „Eisenbahn" in Schkeuditz statt. Von der Stadtverordnetenfraktion war Genosse Höcker anwesend. Einleitend bemerkte er, daß die Stadtverordnetenfraktion der KPD. die Bewilligung für den Bau des Flugplatzes abgelehnt hat mit der Begründung, die Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen zu verwenden, der Flugsport sei heute das Vorrecht einer kleinen Gruppe von reichen Leuten. Dann ging er auf die rechtliche Stellung der Notstandsarbeiter ein, die zwar Steuern und Versicherungsbeiträge zahlen müssen, andererseits nicht das Recht haben, Betriebsräte, Baudelegierte usw zu wählen. Auch müssen sie in den meisten Fällen um die Zahlung der tariflich vereinbarten Löhne kämpfen. Der Referent forderte engsten Zusammenschluß der Arbeiter aller Baustellen und straffe gewerkschaftliche Organisation. Die Stadtverordnetenfraktion der KPD. wird die Forderungen der Notstandsarbeiter mit allem Nachdruck vertreten. Der Referent wies auf die Offensive der Unternehmer hin, insbesondere auf die Aussperrung der sächsischen Metallindustrie. Die lebhafte Diskussion, an der sich alle Arbeiter beteiligten, bewies, wie notwendig die Belegschaftsversammlung war.

An Mißständen wurden festgestellt: Die Baufirmen weigern sich, Maurer aus Schkeuditz einzustellen. Dort gilt ein Lohn von 1.10 Mk (Stein- und Kalkträger 1.16 Mk.), Bauarbeiter 92 Pf. Die Unternehmen zahlen den niedrigen Lohn, der für Halle gültig ist.

Die Nichteinstellung von Schkeuditzer Maurern bedeutet einen groben Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen und beweist, wie brutal die Unternehmer mit den Arbeitern umspringen, um einige Mark Lohn zu sparen.

Unerhörte Mißstände bestehen auch bei der Firma Bieweg. Für 100 Mann sind zwei Baubuden vorhanden, in denen kaum 25 Unterkunft finden.

Für die ganze Belegschaft der Firma Bieweg ist ein Abort vorhanden, dessen Zustand jeder Beschreibung spottet. In langen das Klosett frei ist. Auf fast allen Baustellen herrscht eine starke Antreiberei, Berechtigte Beschwerden werden mit der Bedrohung abgewiesen, daß die Betreffenden sofort die Papiere erhalten.

Verurteilt wurde, daß die hallischen Kollegen zum größten Teil abgefahren waren, statt gemeinsam mit den Schkeuditzer Arbeitern in der Versammlung zu den Verhältnissen der Baustellen Stellung zu nehmen.

Eine Entschließung, die sich mit den Kämpfen in der Metallindustrie beschäftigt und die einstimmig angenommen wurde, haben wir bereits veröffentlicht.

Die Mehrzahl der Versammelten waren Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter. Alle verlangten, daß in kürzester Zeit eine weitere Belegschaftsversammlung einberufen wird, woran auch die hallischen Kollegen restlos teilnehmen sollen.

Im Instruttal

herrschen die Junker — wie lange noch?

(Arbeiterkorrespondenz)

Auch im Instruttal erheben die Landjunker und Agrarier frech ihr Haupt, um dem Landproletariat zu zeigen, daß sie deren Arbeitskraft gebrauchen und ein Hundelohn mit schlechter Behandlung als Entschädigung dafür genügen muß. Es soll vor allem der edle Herr Baron von Heldorf auf Rittergut Nebra a. U. und dessen Handlanger, der Inspektor Stehfest, welche sich so allerhand gegen ihre Gutsarbeiter erdreisten, erwähnt werden. Es muß hier festgestellt werden, daß der Verwalter, ein Herr Günther, verschiedene jugendliche Arbeiter ohne besondere Gründe mißhandelt. Weil sie im Sommer, in der Ernte wie dumm geschuftet haben, dürfen sie es sich jetzt gefallen lassen, daß der Herr Inspektor sie mit den Worten: „Für Dich habe ich heute keine Arbeit" frühmorgens bei der Arbeitsverteilung wieder nach Hause schickt. Auch jugendliche weibliche Arbeitskräfte werden von diesem Junker ausgebeutet. Als treuer Untergebener versucht Herr Volk, der den Aufseher bei den 15jährigen Proletariermädchens macht, sich bei den oben Genannten anzuschmiegen, wie er es bei den Preußen gelernt hat. Wenn die kaum den Kinderschuhen entwachsenen Mädchen sich bei der schweren Arbeit des Mistfreuens etwas verschnaufen, brüllt er sie an: „Ich ziehe Euch allen eine Stunde ab, und Du bekommst bloß eine Stunde für den halben Tag ausgezahlt usw." Herr Volk weiß die armen Mädchen anzutreiben, und das tut er alles aus reinem Patiotismus und aus Liebe zu seinem Herrn Baron. Wir raten dem Herrn Inspektor sowohl wie dem Patrioten Volk, ihren Töchtern diese Hungerarbeit verrichten und diese Behandlung angedeihen zu lassen. Allen den jugendlichen Arbeitern rufen wir zu: Hinein in die Rote Jungfront. Kämpft mit uns gegen das hier herrschende Junkertum.

Du [redacted]

mußt die Belegschaftsversammlung organisieren, in der sofort Stellung genommen wird zum Achtstundentag, zur Lohnerhöhung und zur Aufstellung oppositioneller [redacted] Betriebsräte!

Die Gelben

in der Zuckerraffinerie Halle

(Arbeiterkorrespondenz)

Leider sind hier viele Kollegen im vaterländischen Arbeiterverein organisiert. Wenn auch sie alle nur gezwungenermaßen sich dieser Organisation angeschlossen hatten in der Hoffnung, bestimmte wirtschaftliche Vorteile davon zu haben, so ist diese Haltung doch äußerst verderblich und verwerflich. Der neue Werkstarif, der jetzt abgeschlossen ist und eine Erhöhung des Lohnes um 5 Pfennig pro Stunde ausmacht, wird von den Gelben als ein großer Sieg der Werksgemeinschaft gefeiert. Und doch ist es nichts anderes als ein Brosamen, der uns Arbeitern der Zuckerraffinerie jetzt vorgeworfen ist, um uns von einer Lohnbewegung in Gemeinschaft mit den sich in Bewegung befindlichen Metall-, Chemie- und Bergarbeitern abzuhalten. Die Werksgemeinschaft ist der ärgste Betrug an der Arbeiterschaft, und besonders in Perioden, wo sich ansteigende Klassenkämpfe entwickeln, versuchen sie durch kleine Vergünstigungen die werdende Einheitsfront der Arbeiterschaft im Interesse der Unternehmer zu zersplittern. Laßt Euch nicht abhalten durch solche Manöver von der Organisierung des Kampfes um den Achtstundentag und um eine angemessenere Lohnerhöhung. Schon die Solidarität gegenüber den erwerbslosen Kollegen gebietet es, daß überall nur acht Stunden gearbeitet wird. Ich appelliere besonders an die klassenbewußten Kollegen in der Raffinerie, endlich mit aller Macht den Kampf gegen den Werksverein aufzunehmen, um die Zuckerraffinerie wieder zu einer Hochburg der revolutionären Arbeiterschaft zu machen. Nur im Kampf, im rücksichtslosen Klassenkampf gegen den Kapitalismus werden wir uns bleibende Vorteile erringen.

Arbeitsnachweis und Betriebe

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Firma Callm, Halle, wurden zwei Kernmacher durch den Arbeitsnachweis eingestellt. Am Arbeitsnachweis ist wohl ein Herr Köbel angestellt. Weiß dieser Herr nicht, daß ein Kernmacher nicht für 48 (Achtundvierzig) Pfennig Stundenlohn arbeiten kann? Wo bleibt aber die Gießereizulage, wo bleibt der Lohn für Angelernte? Herr Köbel hätte doch besser getan, wenn er den Kollegen reinen Wein eingeschenkt hätte. Er ist doch sicherlich davon informiert gewesen, oder soll man ihm erst einen Lohntarif zusenden? Wenn er mit den Verbänden Hand in Hand arbeiten würde, könnte er Kernmacher für so einen Hungerlohn nicht nach der Firma Callm schicken.

Firma E. D. D. Aktiengesellschaft Bitterfeld

Ein Opfer der Kapitalskonzentration ist die früher selbständige Firma E. D. D. Bitterfeld geworden. Seitdem haben sich dort die Arbeitsbedingungen gewaltig verschlechtert. Der Beamtenapparat ist ausgebaut, aber die Proleten sind abgebaut worden. Diesem Treiben darf die Belegschaft nicht mehr länger zuschauen. Weg mit den Ueberstunden! Weg mit dem Schandakkord! Weg mit der Sonntagsarbeit! Her mit dem Achtstundentag! Schutz den Lehrlingen!

Berichtigung: Die Ueberschrift eines Gewerkschaftsartikels im gestrigen „Klassenkampf" muß heißen: Brief eines **Unparteiischen**, nicht Unorganisierten. Der Druckfehlerteufel hat uns wieder einmal einen dummen Streich gespielt.

„Im Schatten der 13 Riesen"

Neues aus dem Reiche der Chemie

Und wieder schmieren die bürgerlichen Zeitungen über das Leunawerk ein langes und breites. Sie wissen gar nicht, wie sie sich überbieten sollen in kitschigen und stümperhaften Schilderungen. Vor Jahren faselten sie schon von der **„Stadt von Stahl und Eisen"**, von dem **Meisterwerk deutscher Technik und deutschen Erfindergeistes.** Heute machen sie noch in derselben zweifelhaften Poesie. Sie versuchen einen romantischen Schleier über **das Leunazuchthaus,** über die in **aller Welt berüchtigte Leunahölle** zu breiten. Die Arbeiterschaft soll irregeführt werden, man will dem dummen „Leunaproleten" glauben machen, daß dieses Musterwerk ein Segen für ihn ist. In großen Lettern verkünden die „Halleschen Nachrichten": **„Flüssige Kohle im Leunawerk."** Der „Merseburger Korrespondent" säuselte süß wie der Maienwind: **„Im Schatten der dreizehn Riesen."** Was werden sie alles noch fließen in den Redaktionen? Die Wahrheit sicherlich nicht, denn Leuna heißt Blut, Schweiß und Tod.

Täglich tragen die Leunaarbeiter ihre Haut zu Markte, täglich zollen sie den Leuna-Königen ihren Tribut, bis sie alt und verbraucht sind.

Aber das Wort Leuna hat noch eine andere Bedeutung: **Rebellion!**

In den schwarzen Bauten der Anilin-Könige schlummern die Massen, die schon einmal auf den Barrikaden standen — —. Er reckt sich wieder, der Leuna-Riese, er streckt die Hand aus, um das zu nehmen, was ihm schon längst gehören sollte.

In dem angeführten Artikel **„Flüssige Kohle"**, schreibt ein Alademiker u. a.: Die schwierigste Frage war die Unterbringung von Tausenden von Baubeamten und Bauarbeitern, durch die der Arbeitsmarkt entlastet wurde, denn größtenteils wurden Arbeitslose herangezogen. In Restaurationssälen wurden Unterkunftsmöglichkeiten für dieselben geschaffen. Dadurch erübrigte sich die Anlage von Baracken, denn das **Leben auf solchen Sälen ist doch angenehmer als in einer Barackenstadt.**

Nun braucht man eigentlich nichts zu schreiben, denn jeder Arbeitskollege könnte diesen Hohn widerlegen. Einmal ist trotz der Bautätigkeit im Leunawerk die Erwerbslosenziffer in Mitteldeutschland nicht wesentlich zurückgegangen (die Anilinhäuptlinge holen die Arbeiter aus aller Welt zusammen, stellen aber die ansässigen Leute aus durchsichtigen Gründen nicht ein), und zum anderen ist das Leben auf den Restaurationssälen eine Qual. Stundenlang fahren die meisten Kollegen mit den Automobilen nach den gottverlassensten Dörfern, wo sie mit 40 bis 50 Mann zusammenhausen. Mäuse und Ratten sind vielfach Schlafgenossen. Der Schreiber der „Halleschen Zeitung" hat wahrscheinlich noch nicht in einem Leuna-Saal kampiert, sonst würde er solchen Mist nicht verzapfen. Auch ist der wackere Mann schlecht über die Belegschaftsziffer unterrichtet, denn die Leunawerke beschäftigten vor Jahresfrist 12 000 Mann, einschließlich der Angestellten und Beamten. Heute gehören 24 000 Menschen zu diesem Musterwerk. Ferner macht der Berichterstatter Hoffnung, daß 2000 Arbeitslose von Leipzig eingestellt würden. Er könnte ja bei seiner Verbindung auch dafür sorgen, daß die 3000 Arbeitslosen (einschließlich der Ausgesteuerten) in Stadt und Landkreis Merseburg einmal dort Arbeit bekommen, da sie ja das „herrliche Leunawerk" vor der Nase haben.

Also weiter nichts wie Seifenblasen. Der ganze Aufsatz ist eine nichtssagende Umschreibung der Dinge auch über die Oelproduktion — — es sind keine Zahlen vorhanden, wir wissen nicht wie die Sache klappt, aber schön ist sie doch, fertig. Nun, die Leunaarbeiter lassen sich nicht besoffen machen, sie geben nichts auf bürgerliche Blätter, sie lesen den „Klassenkampf", der tausendmal bewiesen hat, daß er nur **allein die Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten vertritt.** Gegen die unmenschlichen Riesengewinne des I. G. Farbentrusts, von denen die bürgerlichen Zeitungen kein Wort berichten, hilft nur der konsequente Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

„Krankenfürsorge" der Leunakönige

Ein günstiger Wind wehte uns ein Schreiben auf den Tisch, das wohl ein Leuna-Arbeiter verloren haben mag; es spricht für sich:

Ammoniakwerk Merseburg, GmbH.
Abtlg. für Arbeitersangelegenheiten.

Leuna-Werke, den 12. Februar 1927.

Sch./K.

Da es unstatthaft ist, **Arbeiter, die krank sind,** länger als drei Tage in den von uns gemieteten Quartieren zu beherbergen, ersuchen wir Sie, den bei Ihnen untergebrachten — — — bis Montag, den 14. Februar, aus unserem Quartier auszuweisen und uns am 14. Februar zu melden, ob — — — das Quartier verlassen hat.

Hochachtungsvoll
Ammoniakwerk Merseburg, mbH.
gez.: Matthe. gez.: Kunze.

D. 50/Pla. D. 77.

Aufgewacht, Proleten

in der J. G. Farbenindustrie A.-G. Mainthal

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor einiger Zeit war im „Preußischen Hof" eine Belegschaftsversammlung, die leider einen schwachen Besuch hatte. Dort gab der Betriebsrat einen Bericht von seiner Tätigkeit bei den Lohnverhandlungen in der Chemie und forderte eine größere gewerkschaftliche Organisierung der Kollegenschaft, damit die Kämpfe um die wirtschaftliche Lage endlich voranschreiten können. In der Zwischenzeit hat sich nun das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ganz gewaltig verschärft, überall sind wirtschaftliche Kämpfe ausgebrochen oder im Herannahen begriffen. Da erscheint es notwendig, allen Kollegen klarzumachen, daß jetzt die Stunde gekommen ist wo auch wir im Werk Mainthal dazu übergehen müssen, eine intensivere und großzügigere Werbearbeit zu leisten. Wir müssen es unbedingt fertigbringen, die Chemieproleten mit den Metallarbeitern und den Bergarbeitern in eine Front zu bringen. Zu dieser notwendigen Arbeit gilt es die Betriebsrätewahlen auszunutzen.

Kollegen, hört endlich auf mit dem Genörgle und schließt Euch mit uns zusammen und nehmt den Kampf auf um Lohnerhöhung und Achtstundentag.

Auch wir müssen nach acht Stunden die Betriebe verlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0005

Verschärfte Diktaturgelüste beim Seydel-Magistrat

„Wir werden die Deputation auflösen"

Halle, 15. Februar.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung war kurz, aber bezeichnend. Bezeichnend vor allem wieder einmal für den Magistrat, den schwarzweißroten Stadtverordnetenvorsteher und die bürgerlich-reaktionäre Mehrheit. Hat man es auf dieser Seite doch auch diesmal wieder fertig bekommen, den Stadtbankskumpf und die dafür Verantwortlichen zu decken, indem man die Behandlung des Dringlichkeitsantrages, der Bergers sofortige Wiederverhaftung forderte, hintertrieb. „Aus formalen Bedenken", sagte Herr Busse, dem dabei nicht ganz wohl in seiner Haut war; denn er mußte gleichzeitig zugestehen: **„Ueber den Inhalt des Antrags herrscht in weiten Kreisen Uebereinstimmung".** So weite Uebereinstimmung herrscht jedenfalls, daß auch die SPD.-Fraktion sich veranlaßt gesehen hatte, den kommunistischen Antrag (den wir bereits gestern veröffentlicht hatten) mit zu unterzeichnen, so daß er also von beiden Fraktionen eingebracht war. Die Bürgerlichen wissen jedoch, wie der Ausspruch des Herrn Busse beweist, genau, daß auch in den Kreisen ihrer Wählerschaft das Vorgehen der Kommunisten im Stadtbankskandal gebilligt wird. Trotzdem gewährten sie dem Betrüger Berger und seinen direkten und indirekten Helfershelfern moralische Unterstützung. Herr Hirsch hatte es sich nicht nehmen lassen, wieder den spiritus rector zu machen. Er tuschelte mit Herrn Hoß und dieser gab dann die Anweisungen an den anfänglich noch zögernden Busse weiter. Unsere Genossen hatten sich in einer Geschäftsordnungsdebatte angelegen sein lassen, die Notwendigkeit der Verhandlung festzustellen, sie wiesen nach, daß die Stadtverordnetenversammlung nach der Städteordnung sehr wohl das Recht einer Willenskundgebung habe, daß es sich hier um eine solche und keineswegs um den Eingriff in ein schwebendes Verfahren handle.

Als die Abstimmung darüber erfolgte, ob der Antrag überhaupt verhandelt werden sollte — niemand war in der Lage, irgendwelche formalen Gründe dagegen ins Feld zu führen — stimmte der Ordnungsblock mit den Völkischen und Hausbesitzern geschlossen dagegen. Eine einzige Ausnahme bildete der Völkische Dr. Schunke; sonst standen SPD.- und KPD.-Fraktion allein.

So war es denn auch kein Wunder, daß die Wogen der Empörung sehr hoch gingen. Die Ablehnung der Abstimmung wurde mit lauten energischen Pfui-Rufen beantwortet, in die auch die Tribünenbesucher kräftig einstimmten. Und nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige des Bürgertums, die von der Tribüne das schändliche Manöver der Steinbrück-Hirsch-Minner-Fraktion mit ansahen, stimmten in diese Rufe der Verachtung ein.

Der Ordnungsblock hat durch sein Verhalten erneut die Richtigkeit unseres Antrages bestätigt, an dessen Schluß es heißt:

Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die Haftentlassung Bergers um so mehr, als diese den Charakter einer Justiz kennzeichnet, die Angehörige der bürgerlichen Klasse in Schutz nimmt, während Tausende proletarischer politischer Gefangener hinter Zuchthausmauern sitzen müssen.

*

Ein anderer Zwischenfall aus der gestrigen Sitzung liegt in derselben Linie selbstherrlichen Machtbewußtseins gegen die Interessen der Stadt. Der Herr Oberbürgermeister Rive war nämlich wieder einmal erschienen — man glaubte seinen Augen nicht zu trauen; aber er hatte sich tatsächlich nach fast halbjähriger Pause wieder eingefunden — und da fühlte sich Herr Seydel so gestärkt und erhoben, daß er bei einer Aussprache über die Einnahmen der Kämmerei-Verwaltung, als unser Genosse Kölz endlich Einberufung der Kämmerei-Deputation verlangte, ausrief:

„Wir werden die Deputation auflösen"!

Dieser Ton ähnelt erheblich den machtgepanzerten Theateraussprüchen Mussolinis, deren gar nicht theaterhaften Folgen immer die Arbeiterklasse zu spüren bekommt. Die Folgen von Herrn Seydels musterhafter Amtstätigkeit und seinen Diktaturgelüsten haben die hallischen Steuerzahler, sollte man meinen, gerade genug gespürt. Die Quittung dafür dürfte diesem Herrn bei der Frage seiner Wiederwahl präsentiert werden.

*

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich bei der Behandlung des Vergleichs, den der Magistrat mit seinen Patronatskirchen, den ach so unvermögenden Gemeinden St. Ulrich, St. Moritz und St. Georgen, abzuschließen gesonnen ist. Die Bürgerlichen allerdings bestritten von dieser Diskussion wieder einmal verschwindend wenig bis auf Herrn Minner, der sich so recht als Vertreter des lieben Gottes vorgekommen sein muß, als er für seine demokratischen Freunde und darüber hinaus für den Ordnungsblock die Zustimmung zu dem Vergleich gab. Aber auch er mußte sogar seiner Verwunderung über das „Unvermögen", z. B. der Ulrichsgemeinde, Ausdruck geben,

die sich eben erst ein feudales Gemeindehaus gebaut habe.

Stadtrat Fischer konnte diese Tatsache nicht widerlegen, als er angab, dieses Haus sei aus Geldern der Kirchensteuer erbaut worden. Gerade diese Feststellung spricht gegen die Vermögenslosigkeit der Kirche.

Stadtverordneter Dürrfeld protestierte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gegen Annahme des Vergleichs, und Genosse Riebenstahl begründete den Protest der kommunistischen Fraktion in längeren Ausführungen. Er zitierte dabei den von der Geistlichkeit immer so gern gepredigten Spruch:

„Es ist ein sündhaft Ding, nach irdischen Gütern und Genüssen zu trachten, denn es stehet in der Schrift: Trachtet nicht nach Dingen, die Rost und Motten fressen! — Liebe Dich in diesem irdischen Jammertal in Demut und Gehorsamkeit, auf daß Dir dereinst im Himmel die ewige Seligkeit zuteil werde."

Die Kirche selbst trachtet sehr viel nach irdischen Gütern und Genüssen. Sie nimmt das Geld der Arbeiter, auch derjenigen, die der Kirche nicht angehören,

bei proletarischen Trauerfeiern z. B. läßt man die Arbeiter nicht auf die Friedhöfe.

Genosse Günther hob besonders hervor, daß die „Rechte", welche hier für die Kirche abgeleitet werden sollen, von 1739 datieren. Er forderte strikte Ablehnung des Vergleichs.

Die Vorlage wird jedoch gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

*

Beschlossen wird die Einrichtung einer Küche für die kaufmännische Berufsschule, wobei Genosse Zigenstein allerdings erklärte,

daß die Unternehmer durch Entlassung der in Frage kommenden Arbeiterinnen und Angestellten das Besuchen der Berufsschule illusorisch machen.

Die Mittel für die Einrichtung der Küche in Höhe von 10 800 Mk. sollen in den Etat für 1927 eingesetzt und diesem vorschußweise entnommen werden.

Die Gebührenordnung für die Freibank wird abgeändert. Unsere Genossen stimmten hier mit der Forderung zu, daß der Preis für das Freibankfleisch nicht heraufgesetzt werden dürfe. Diese Garantie kann nach Aussage des Magistrats gegeben werden.

Der Rechnung für die Grube Karl Ernst, Frohe Zukunft, für die Bergmanns-Siedlungshäuser, ferner der Rechnung für die Straßenbahn und verschiedener Kapitel der Kämmereiverwaltung wird Entlastung erteilt.

Gegen ein Gesuch des Saar-Vereins um Benennung einer Straße mit Saarbrücker Straße wird im Namen unserer Fraktion von dem Genossen Höcker protestiert. Dies diene lediglich den nationalistischen Bestrebungen des Bürgertums. Das Gesuch wird vom Bürgerblock und der SPD. angenommen.

Auch die Forderung nach Beihilfe für den Flugtechnischen Verein wird gegen unsere Stimmen angenommen.

Nachdem dann die oben geschilderte Ablehnung einer Verhandlung des Stadtbank-Protestantrags unter den empörten Rufen der Zuhörer vor sich gegangen war, fand die öffentliche Sitzung ihren Abschluß.

„Rundfunksender" Halle

Gestern abend war Eröffnungsfunken der „Sendestation" Halle im mitteldeutschen Rundfunk, denn die „Mirag" hat nun auch in Halle eine Besprechungsstelle geschaffen, die in den Geschäftsräumen der Firma C. Rich. Ritter (Pianos) ihr Domizil aufgeschlagen hat. Herr Dr. Jaeger hielt eine kurze Ansprache, die von den geladenen Gästen zwei Räume weiter über Leipzig gehört wurde, und gab dabei einen Rückblick über die Entwicklung der Stadt Halle. Sodann brachte Professor Schering einen Vortrag über musikalische Bildung zu Gehör.

Es ist interessant: Im Besprechungszimmer sitzt der Vortragende und spricht seinen Vortrag durch ein Mikrophon in den Leipziger Sender und zwei Zimmer davon entfernt gibt der Lautsprecher im selben Moment den Vortrag von Leipzig wieder. Nach dem Vortrag fand eine Besichtigung des „Senderaums" statt. Ein gewöhnliches Zimmer mit Tisch und Sessel. Auf dem Tisch steht das Mikrophon, das mit den Sendern von Leipzig und Dresden durch ein Kabel verbunden ist. Das ist die ganze Einrichtung. Herr Dr. Jaeger gab einige technische Erklärungen. Besonders interessant dürfte sein, daß alles in das Mikrophon Gesprochene und Gesungene ungefähr 4000- bis 5000fach verstärkt wird. Die Verstärkung erfolgt in allernächster Nähe des Senderaums, um zu vermeiden, daß irgendwelche Nebengeräusche mit verstärkt werden. Eine besondere Neuerung ist das Metall-Mikrophon, das mit der größten Feinheit den Klang wiedergibt. Ueber die Schnelligkeit der Funkwellen erfuhren wir, daß sie die Schnelligkeit des Lichtes haben, d. h. also, daß die Funkwellen in ½ Sekunde um den ganzen Erdball gesandt werden können. Das ist allerdings (bis jetzt noch) Theorie. Praktisch ist das noch nicht durchführbar.

Nach dieser Vorführung kam der unterhaltende Teil. Hallische Musiker unter Leitung von Generalmusikdirektor Band gaben vom Leipziger Sender ein Konzert, bei dem als Solistin Frau Olga Band-Agloda mitwirkte. Störungen im Sender und vor allem im Hörraum (die „illustren" Herrschaften, die eben noch einen Vortrag über Musik hörten, hatten jetzt etwas anderes zu tun, als auf Musik zu hören) machten es zur Unmöglichkeit, dem Konzert zu folgen.

Wir wünschen der hallischen Besprechungsstelle viel Erfolg und geben der Erwartung und dem Wunsche Ausdruck, daß in ihren Programmen auch der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird, die, einer Statistik zufolge,

80 Prozent der Radiohörerschaft ausmacht.

Herr Dr. Jaeger sagte ganz richtig, daß das Radio der breiten Volksmasse gehören soll; das bedingt aber, **daß auch die Vorträge dem Verlangen der breiten Volksmasse entsprechen müssen.**

Alle Arbeiter-Radiohörer haben deshalb die Pflicht, dafür zu kämpfen, daß sie — gerade in Halle mit seiner so starken proletarischen Bevölkerung — einen bestimmenden Einfluß auf das Programm ausüben. Das können sie am besten, wenn sie sich organisieren und den bestehenden Arbeiter-Radiovereinen anschließen.

Aba.

Hallischer „Geist" wird durch die Länder gesunkt

Von einem proletarischen Rundfunkhörer erhalten wir gleichzeitig folgenden Bericht:

Gestern nachmittag wurde die Besprechungsstelle Halle der „Mitteldeutschen Rundfunk-A.-G.", die sich im Hause der Pianohandlung Ritter, Leipziger Straße, befindet, eröffnet. Die Akustik des Raumes müßte auf irgendeine Weise noch etwas gedämpft werden, da jedes gesprochene Wort etwas stark widerhallt und der Hörer dadurch gezwungen wird, entweder die Lautstärke seines Apparates etwas herabzudämpfen oder sein Gehör ganz besonders anzustrengen, um das Gesagte richtig zu verstehen. Im übrigen aber war der Empfang aus der Besprechungsstelle Halle sehr deutlich.

Die im Rundfunkprogramm vorgemerkten „Ansprachen" zur Eröffnung der Sendestelle blieben aus. Wahrscheinlich messen die hallischen „Prominenten" dieser Eröffnung keinerlei sonderlichen Wert bei und waren aus diesem Grunde der Besprechungsstelle fern geblieben. Es sprach eingangs lediglich ein Beauftragter der „Mirag", der bekanntmachte, daß vom hiesigen Besprechungsraum nunmehr des öfteren Vorträge gehalten werden sollen. Einen Witz (oder war es nur eine förmliche Schmeichelei?) leistete sich der Herr, indem er zum Ausdruck brachte, daß Halle mit seinem im Jahre 1694 gegründeten Universität das „geistige Zentrum" Mitteldeutschlands sei und dies auch der Anlaß zur Eröffnung der Besprechungsstelle Halle mit gewesen wäre.

Wer kennt nicht dieses „geistige Zentrum" Mitteldeutschlands? Es symbolisiert sich augenfällig in den geistlosen Anhängern der völkisch-nationalen Studentengruppen, im Pfeifer-System, in Busse und seinen nationalen Trabanten, in Berger, Rive, Seydel, und nicht zuletzt in einem äußerst reaktionären Richterstab, dem Herr Gülland als Landgerichtspräsident vorsteht. Das alles sind hallische „Granden" mit nennenswertem Format. Wie weit die Quantität und Qualität ihres Geistes dem Bekanntsein ihres Namens entspricht, mag der Leser selbst entscheiden.

Tarantel.

Bekanntmachung. Die Gewerkschaft Georgs-Vereinigung in Halle a. S beabsichtigt, von der in der Seebener Flur belegenen Kaolingrube einen Privatgleisanschluß nach dem Reichsbahnhof Trotha herzustellen. Einwendungen gegen den Plan, welcher vom 15. bis einschließlich 28. Februar d. J. während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 93, offenliegt, können von den Beteiligten im Umfange ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidium schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

49]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

Polja sah Dascha mit erschrockenen, verlorenen Augen an und ging rasch über den Pfad zum Loch in der Mauer.

Dascha sah ihr lange nach und in ihrem Gesicht zuckte ein spöttisch-freundliches Lächeln.

— Ein prächtiges Mädel . . . gescheit, aber welche Feder ist in ihr gesprungen? . . . Willst Du sie begleiten, Gljeb, Du hast sie fest am Herzen gepackt . . .

— Daschok! . . . Ich will nicht in unsere Kammer, hol sie der Teufel . . . Komm auf den Berg, setzen wir uns dort irgendwo hin und atmen wir in der frischen Luft.

— Gut! Ich möchte auch hier bleiben . . . komm zum Bassin.

Gljeb staunte: jetzt, zum ersten Male, nahm Dascha ihn an der Hand und so, Hand in Hand, ging sie neben ihm wie eine gute Freundin. Sie ging und schwieg und Gljeb fühlte, daß sie erregt war. Etwas zwang sie, ihm ein Wort zu sagen — aber was für ein Wort, das ahnte er nicht, vielleicht eines, das nur in den ersten Tagen ihrer Liebe gesagt wurde, und vielleicht eines, das noch nie bisher ausgesprochen worden war. Und Gljeb schwieg, erwartete Daschas Worte.

An kleinen Gärten und Häusern vorbei stiegen sie über Gestein, über zackige Bergschichten auf die Höhe. Das Bassin war hoch über der „Gemütlichen Kolonie", und das Wasser wurde von hier aus durch Röhren zur Arbeitersiedlung geleitet und von dort aus in die Laboratorien und Werkbauten.

Sie umgingen einen Steinabhang und einen Bergwerksstollen mit einer eisernen, verrosteten Tür, an der ein Schloß hing, und diese verrostete Tür und dieser mit Steinen verperrte Weg in das Innere des Berges waren unheilverkündend, wie das Geheimnis eines Götzentempels.

Ein breiter, langer, betonierter Platz, der unter den Schritten wie eine Glocke tönte und mit unterirdischen Saiten sang.

Tiefer, unter dem Berg, drängten sich die roten Dächer der Kasernen um die Schlote, hinter ihnen die Bauten und Türme des Werkes und noch weiter unten die violette Bucht, mit den an das Ufer prallenden Wellenspitzalen, und hinter den Wellenbrechern schäumte das Meer wie eine unermeßliche, unübersehbare Blase mit dem Horizont, der höher als die Schlote und fernen Bergrücken war. Und diesen fernen Horizont konnte man vom Himmel nicht unterscheiden.

Auf den Wegen vom Werk zur „Gemütlichen Kolonie" gingen Arbeiter in Gruppen und einzeln. Und über dem braunen Abhang des Berges, weit hinter der Mauer, lief über einen schmalen, blassen Weg ein kleines Mädchen und winkte mit der Hand.

Dascha setzte sich auf den glatten Beton und umfing ihre Knie mit ihren verarbeiteten Händen.

— Genossin Mjechowa geht dort . . . seltsam ist sie, die Genossin Mjechowa: manchmal ist sie nicht mit Zangen umzubiegen, und manchmal zittert sie wie eine Gerte. Ich fürchte, es wird mit ihr etwas geschehen. Fühlst Du denn nicht, wie sie sich an Dich klammert? Du wirst sie doch nicht abweisen, wenn sie Dich ans Herz packen wird.

Gljeb war verblüfft, legte sich neben sie und sah auf ihrem Gesicht nichts als ein heimliches Lächeln. Was ist mit ihr? Will sie ihn ausforschen oder ist in ihren Worten ein besonderer, ihm unbekannter Sinn versteckt? Er wußte nicht, wie er ihre Frage beantworten solle, wußte nicht, soll er lachen oder böse sein. Sie hatte erraten, was sein Blut jetzt atmete, und hatte in seinen unabsichtlichen Blicken, in seinem Lächeln und seinen Bewegungen Poljas Bild bemerkt — die unauslöschbaren Fünkchen ihrer Brauen und Wimpern. Zwei Wellen trafen einander und gingen durch das Klopfen seines Herzens — eine durch die andere.

— Nun, Daschok . . . Du tauchst in alle Winkelchen unter. Und wirfst die Angel weit hinein . . . in eine tiefe Stelle . . .

Dascha warf den Kopf zurück und lächelte (ha, sie lächelte ganz weiblich), sah ihn aber nicht an.

— Habe ich Dir denn ein Rätsel aufgegeben? Ich habe nur mit geraden, offenen Worten gesprochen: das ist Deine Sache. Du warst doch unabhängig, als Du mit Weibern zu tun gehabt hast, und sind die Mjechowa und ich nicht gleichberechtigte Weiber?

— Ach so, dahin zielst Du, zum Teufel! . . . Du hast mich einfach überrumpelt, man weiß nicht, wie mit Dir fertig zu werden! . .

— Ach, Gljeb, wie wenig schlau Du bist! . . . Du bist nicht schlau und bist verschlossen. Nicht aufrichtig und schwach. Habe ich Dir denn wegen Deiner Weibersachen Vorwürfe gemacht, und glaubst Du, daß ich Dich erst um Erlaubnis in meinen Weiberangelegenheiten bitten würde, wenn ich Lust bekäme, was anzufangen?

Ihre Worte taten ihm bis ins Herz weh, und sie war so unbesiegbar, so neu, so fest zusammengefügt in ihrer Wahrheit, daß er sie nicht mehr mit nackten Händen packen konnte, und auf ihre Worte fand er keine Worte mehr. Und schon damals, zum ersten Male (versuchte Schlucht), fühlte er plötzlich, daß auch er, Gljeb, anders geworden, daß er nicht derselbe ist, der er gestern war. Als ob im Innern sein altes Blut verbrannt wäre und in seinem Hirn sich eine Umstellung vollzogen hätte. Und durch einen unerträglichen Schmerz und Schrecken wandte sich damals seine Seele in unorgestlichem Liebesdrange zu ihr — nicht zum Weibe, sondern zum Menschen, der ihm so nah stand, wie keiner sonst. Was wäre mit ihm geschehen, wenn sie an jenem Tage zugrunde gegangen wäre, an dem Tage, an dem er an sie nicht gedacht hatte, sondern nur für das Werk, die Maschinen und die Arbeit brannte und lebte.

Da ist sie jetzt, ganz, hier, und sie hatte sich ganz aus der früheren Dascha herausgewickelt. Nun gut, etwas von der jetzigen Dascha war schon in den früheren Jahren versteckt, aber seine Augen waren damals blind und er selber nur ein wildes Männchen.

Und wie es damals, in jener Nacht, jung war und stürmisch! Nicht er hatte sie auf sein Bett gezerrt, hatte sie nicht an den Händen gepackt, sie zusammengepreßt — sie war selber wie ein nacktes, kleines Mädchen zu ihm gekommen und hatte ihn mit kraftvoller Umarmung umschlungen . . .

Unter dem betondeckten Platze, in der Tiefe, zirpte das Wasser grillenartig und sang mit fernen Saiten, und etwas Großes, Lebendiges seufzte in der Leere unter dem Beton. Und es schien, als ob diese Seufzer und Saitenklänge im Wald und über dem Wald schwingen und schweben und aus der violetten Dämmerung herausströmen.

Alles war leicht, tief und unermeßlich. Und die Berge waren keine Zacken mehr mit Steinen und Felsen, sondern ein dichter, rußiger Rauch, und das Meer in dem uferlosen Schaufbäumen war kein Meer, sondern ein blauer Abgrund, und sie waren beide oben, auf dem Hügel, über dem Werk und mit dem Werk auf dem Splitter eines Planeten unter dem Abgrund und über dem Abgrund und flogen in die Ewigkeit, ohne es zu fühlen.

Er legte seinen Kopf auf Daschas Knie und sah ihr Gesicht über sich und den lila Himmel, und ihr Gesicht mit dem feurigen Flaum auf den Wangen war auch lila und in ihren Augen war ein Staunen und ein gereifter, unausgesprochener Gedanke.

Ein Schmerz überströmte in Wellen seine Seele . . . sie, seine Dascha . . . seine Frau . . . und in diesem Schmerz war nur eines: Dascha darf man nicht erschlagen — sie war stärker als seine Hände und unerreichbar wie die Ewigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0006

Werbetag für Verkehrsdisziplin und öffentliche Reinlichkeit

Vom Städtischen Tiefbauamt erhalten wir kurz vor Redaktionsschluß folgende Mitteilung:

Der letzte Werbetag im Dezember 1926 hat seinen Zweck erfüllt, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der Verkehrsdisziplin und der öffentlichen Reinlichkeit hinzulenken. Da jedoch von einer einmaligen Veranstaltung keine nachhaltige Wirkung zu erwarten ist, wird der Werbetag am Mittwoch wiederholt. Die geringfügigen Aufwendungen dafür sind mehr als zehnfach gedeckt, wenn es gelingt, auch nur einen schweren Verkehrsunfall durch Schärfung der Wachsamkeit zu verhüten, oder durch Hebung der Sauberkeit monatlich einige Kehrichtfuhren zu ersparen.

Seit dem letzten Werbetag ist nunmehr der Verkehrsturm auf dem Riebeckplatz in Wirksamkeit getreten. Aber noch immer kann man dort, wie an den anderen Verkehrspunkten, gelegentlich Versuche beobachten, sich über die getroffene einwandfreie Verkehrsregelung fahrlässig hinwegzusetzen, und noch immer finden wir die Straßen und Plätze durch weggeworfenes Papier und Unrat stark verunziert. Besonders vor den Lichtspielhallen, leider aber auch vor den Schulen, macht sich dies bemerkbar. Vielleicht könnten die Lichtspielbesitzer im Interesse des Ansehens ihrer Kunststätten dem Beispiele der Stadtverwaltung folgen und an den Saalausgängen Papierkörbe aufstellen. Das neue Papierkorbmodell der Straßenreinigung ist übrigens an der Haltestelle „Marktplatz" zu sehen.

Möge der Werbetag das Verständnis der Allgemeinheit wecken für die dauernde tägliche Kleinarbeit, die die Tiefbauverwaltung und die Straßenreinigung auf die Verkehrssicherheit und Reinhaltung unserer Stadt verwendet die aber bei der Beschränkung der verfügbaren Mittel nicht ausreichen kann, wenn nicht jeder einzelne mithilft im Sinne der vier Gebote.

Haltet die Straßen rein und frei!
Werft kein Papier und keine Obstreste weg!
Meidet die Fahrbahn!
Ueberquert sie senkrecht auf dem kürzesten Wege!
Bleibt nicht auf dem Bürgersteig stehen!

Reichsbanner und Rote Frontkämpfer auf der Anklagebank

Am Montag, dem 14. Februar, wurde gegen vier Reichsbannermitglieder und vier rote Frontkämpfer, Arbeiter aus Gerbstedt, vor dem Schöffengericht in Halle eine Anklage wegen Landfriedensbruchs verhandelt.

Die Anklage stützt sich auf Vorgänge am 20. Juni 1926, dem Tage des Volksentscheides über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Der „Klassenkampf" hatte schon in der damaligen Zeit wiederholt auf die unerhörten Terrorakte der Szylla, Zeumer und Konsorten vom Stahlhelm hingewiesen, mit denen die Mansfelder Arbeiter in der unglaublichsten Art und Weise gerade in der Zeit der Volksentscheidskampagne provoziert wurden. Wie Räuberbanden zogen die Stahlhelmer auf zehn bis zwölf von Rittergütern gratis zur Verfügung gestellten Autos durch die Mansfelder Lande, und nur der Besonnenheit der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß es nicht zu Tätlichkeiten schlimmster Art bei den vielen Provokationen gekommen ist.

Aber nicht etwa die Stahlhelmer kommen auf die Anklagebank, sondern Reichsbanner-Arbeiter und rote Frontkämpfer waren die Opfer, die von der Justiz auf die Anklagebank gezerrt wurden.

Folgende Reichsbanner-Arbeiter waren angeklagt: Schlosser Franz Hesse, Bergmann Friedrich Zobel, Schmied Herm. Germer und Paul Grasemann; von den roten Frontkämpfern die Kameraden: Bergmann Ernst Fügner, Bergmann Paul Engelmann, Heinrich Woltersdorf und Elektriker Walter Jordan, sämtlich aus Gerbstedt, saßen auf der Anklagebank, um sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten.

Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Pauli.

Nicht mehr als 32 Zeugen waren geladen, die zum übergroßen Teil nachweisen sollten, daß hier Landfriedsbruch begangen worden sei.

Sehr interessant war die Belastungszeugengruppe vom Rittergut Gerbstedt. Bei allen, angefangen vom Inspektor, bis zum Jäger, Buchhalter und Hauslehrer, konnte man die geputzten Stahlhelm- und nationalsozialistischen Abzeichen auf der „teutschen Heldenbrust" blinken sehen. Daß auch bei einer Zeugin das Lieschenbund-Abzeichen nicht fehlte, versteht sich am Rande. Dies sollte mit dazu beitragen, die „Verbrecher" auf der Anklagebank zu einer möglichst hohen Strafe zu verurteilen.

Der Anklage lag olgender Tatbestand zugrunde: Am 20. Juni, dem Tage des Volksentscheids, machte der Stahlhelm mit sechs Autos eine Ueberlandfahrt, um, wie auch in anderen Orten, Stimmenthaltung zu propagieren. Als die Stahlhelmautos am Abend um 6 Uhr wieder in Gerbstedt eintrafen, hatte sich eine größere Menschenmenge auf dem Marktplatz angesammelt, nicht etwa, um die Stahlhelmautos anzuhalten, sondern um das Abstimmungsresultat in Erfahrung zu bringen. Die sechs Autos sollen nun nach den Angaben der Stahlhelmangehörigen belästigt worden sein, und zwar mit Johlen und Beschimpfungen. Die Insassen der Autos **hätten sich vollkommen still verhalten (??)** Die Kraftwagen, von denen zwei dem Rittergut gehörten, seien dann zum Rittergut gefahren und ihres wertvollen Inhalts entleert worden. Darauf sind etwa acht Stahlhelmer mit nach der Wohnung des Vorsitzenden Zeumer vom Stahlhelm gegangen, um ihn nach Haus zu bringen und ihn zu schützen. Allzu großen Mut scheint dieser Stahlhelmführer, Mühlenbesitzer Zeumer aus Gerbstedt, also wirklich nicht zu besitzen. Auf dem Wege durch die Stadt sei es dann zu einer Zusammenrottung von Personen gekommen, und es soll mit Steinen geworfen worden sein. Der Buchhalter Onanitschek will durch einen Steinwurf getroffen, ohnmächtig geworden sein. Auch die Stahlhelmer Rust und Deege wollen noch in der Schützenstraße von einer Anzahl Menschen mit Steinen geworfen und getroffen sein. An dieser Zusammenrottung sollen sich die Angeklagten passiv und aktiv beteiligt haben.

Sämtliche Angeklagte bestreiten, sich an einer Zusammenrottung beteiligt zu haben, mit Ausnahme zweier Angeklagter, die zugeben, in Abwehr gehandelt zu haben und mit einem Stein geworfen zu haben.

Die Beweisaufnahme ergab viele sich widersprechende Aussagen von seiten der Belastungszeugen und ließ schon erkennen, **daß von der Anklage nicht viel übrig bleiben konnte.**

Das Plaidoyer der Anklagevertreter konnte deshalb auch nicht mit der üblichen Forsche geführt werden. Der Staatsanwalt beantragte die Mindesstrafe für Landfriedensbruch. Er hielt Hesse, Woltersdorf und Jordan des schweren Landfriedensbruchs für überführt und beantragte 6 Monate Gefängnis, für Zobel, Engelmann, Fügner, Germes und Grasemann glaubte er leichten Landfriedensbruch feststellen zu müssen und beantragte 3 Monate Gefängnis, empfahl aber bei den letzten fünf Angeklagten Strafaussetzung.

Als Verteidiger fungierten die Rechtsanwälte Nemann und Müller, die für Freispruch plädierten.

Nach 13stündiger Verhandlung fällte das Gericht folgendes Urteil: Zobel, Fügner, Germer und Grasemann werden freigesprochen. Die Angeklagten Hesse und Jordan erhalten je 6 Monate, die Angeklagten Engelmann und Woltersdorf je 3 Monate Gefängnis. Gleichzeitig faßte das Gericht den Beschluß, sämtlichen Angeklagten auf drei Jahre Strafaufschub zu gewähren.

Den Reichsbannerkameraden muß dieser Prozeß eine Lehre sein, und zwar: Von dieser Justiz und von dieser Republik, die sie verteidigen, haben sie nichts zu erwarten. Auch sie müssen gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft in der roten Klassenfront kämpfen!

Hallische Tageschronik

Tot aufgefunden. Am 12. Februar gegen 11 Uhr vormittags wurde eine 64 Jahre alte Frau im Schlafzimmer ihrer in der Georgstraße gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß der Tod auf Einatmen von Gas, welches einem schadhaft gewordenen Gashahn entströmt war, zurückzuführen ist.

Zur gemeinsamen Pestalozzi-Feier der Oberklassen in den weltlichen Schulen am Donnerstag, dem 17. Februar, in der Aula der Talamtschule sind die Eltern herzlichst eingeladen.

Achtung, Erwerbslose! Am Freitag, dem 18. Februar, vormittags 10½ Uhr, findet im Restaurationssaal des „Volkspark" eine öffentliche Erwerbslosen-Versammlung statt. Alle Erwerbslosen müssen erscheinen.

Arbeiter-Sängerchor Halle. Alle Mitglieder, die Instrumente (Geigen, Gitarren oder Mandolinen) besitzen, bringen diese morgen abend mit in die Singestunde. Der Vorstand.

Drucksachen bis 2 Kilogramm. Drucksachensendungen können bis 2 Kilogramm schwer sein, wenn sie einen ungeteilten Druckband enthalten. Einzelne Postanstalten haben derartige Sendungen beanstandet, weil der Vordruck zu einer Zahlkarte beigefügt war. Der Reichspostminister erklärt jetzt in dem Bescheid an eine Oberpostdirektion, daß bei allen Drucksachen gestattet ist, der Sendung Briefumschläge, Streifbänder, Postkarten, Bücherzettel, Postanweisungen, Zahlkarten usw. beizufügen, die mit gedruckten Angaben versehen und freigemacht oder nicht freigemacht sind, um für die Bestellung von Waren, für Geldübermittlung oder ähnliche Zwecke verwendet zu werden, die sich aus der Sendung ergeben.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und ½5 bis ½6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Ammendorf

Rote-Hilfe-Tag. Die in Ammendorf befindlichen proletarischen Organisationen und Vereine haben einen allgemeinen Rote-Hilfe-Tag festgelegt, und zwar auf Sonntag, den 20. Februar. Der Plan ist folgendermaßen festgesetzt: Vormittag 10 Uhr Sammeln am „Dreierhause" und am „Deutschen Hause". Von dort aus Abmarsch nach dem Schillerplatze. Daselbst findet das Massenmeeting statt. Abends ½8 Uhr findet im „Schützenhause" eine Veranstaltung statt unter Mitwirkung der Dramatischen Abteilung, des Arbeiter-Gesangvereins und der Kapelle des RFB.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, auch wir Ammendorfer haben noch Genossen hinter Kerkermauern schmachten, denen man schon längst die Freiheit hätte zurückgeben müssen, wie das bei den Kapp-Verbrechern schon längst geschehen ist. Trefft deshalb in allen Betrieben, Vereinen und Organisationen alle Vorbereitungen, damit der 20. Februar eine wuchtige Demonstration wird, mit der Parole: **„Heraus mit den politischen Gefangenen!"**

Ammendorf

Oeffentliche Rußland-Berichterstattung. Am Mittwoch, dem 9. Februar, fand im „Schützenhaus" eine vom Betriebsräteausschuß Ammendorf einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Habermann Bericht von seiner Rußlandreise erstattete. Die Ammendorfer Arbeiterschaft hatte ein großes Interesse daran, gerade ihn nach Rußland zu delegieren, Das bewies auch der Empfang, den ihm die Betriebe zuteil werden ließen, als er von dort zurückkehrte. Kollege Habermann schilderte das Zustandekommen der Delegation und betonte, daß von verschiedenen Zeitungen Berichte über Rußland gebracht wurden, **darunter leider auch von einem Parteiblatt, dem „Volksblatt"**, die unwahre oder einseitig aufgezogene Berichte enthalten. Diese werden wissentlich gebracht, und die Arbeiterschaft kann nicht verstehen, warum gerade die Sozialdemokratie eine so große Antipathie gegen Sowjet-Rußland zeige. Rußland mit seinen Arbeitern und Bauern sei doch bestrebt, die Vollendung des Sozialismus durchzuführen. Obgleich Kollege Habermann im Bezirke mehrere Versammlungen abgehalten habe, **seien es gerade seine Parteifreunde gewesen, welche die Versammlungen sabotiert haben.** Sie bringen also den Mut nicht auf, öffentlich mit ihm darüber zu diskutieren, sie getrauen sich das nicht zu verantworten, was sie geschrieben haben. Auch der Ammendorfer Versammlung waren die SPD.-Größen ferngeblieben. Kollege H. berichtete über die politischen Verhältnisse in Rußland, sowie über die Vorschule, die ein Arbeiter durchzumachen habe, um überhaupt in die Kommunistische Partei aufgenommen zu werden. 70 bis 75 Prozent, könne man wohl sagen, stehen heute aus Ueberzeugung zur bolschewistischen Partei. Der Empfang, der den Delegierten zuteil geworden sei, könne — davon seien alle Delegierte überzeugt gewesen — kein zurechtgekünstelter gewesen sein. Nur zu oft haben die Delegierten erfahren müssen, daß der Arbeiter oder Bauer eine sehr große Liebe und Hoffnung auf den deutschen Arbeiter setze.

Der Redner berichtete von der Aufklärungs- und Kulturarbeit, von den Verhältnissen in den Betrieben. Alles das steht im krassen Widerspruch zu der Methode in den kapitalistischen Ländern. Das russische Volk erkennt auch die Gefahren, welche ihm von den imperialistischen Mächten drohen. Sie sind aber auch zu jeder Zeit bereit, die Verteidigung gegen diese aufzunehmen und vertrauen dabei auf den deutschen Arbeiter.

Jeder Betrieb bildet ein geschlossenes Ganzes mit seinen in allen Beziehungen ausgebauten sozialen, hygienischen und kulturellen Einrichtungen. Alle Aufklärungs- und Kulturarbeit geht durch den Betrieb. Allerdings gibt es auch noch dunkle Ecken, und das gerade wird von den bürgerlichen Zeitungen benutzt, um einseitig aufgezogene Berichte in die Welt zu schleudern. Von den Weißgardisten werden große Spitzeleien betrieben, unterstützt von den kapitalistischen Ländern, die eine infame Hetze gegen Sowjet-Rußland betreiben.

In seinem dreistündigen Referate führte Kollege H. Gutes und auch Schlechtes, wie sie es gefunden haben, aus. Eins steht aber fest: daß das russische Volk begierig ist, zu lernen, seinen Staat auf- und auszubauen. Wird doch die Staatsverfassung getragen von der Mehrheit der Arbeiter und Bauern.

Die Versammlung nahm folgende Entschließung an:

Die am 9. Februar im „Schützenhaus" (Ammendorf) tagende Einwohnerversammlung, in der Kollege Habermann seinen Bericht über Sowjet-Rußland gab, hat der Arbeiterschaft gezeigt, wie der Aufbau des Sozialismus in Rußland mit Hilfe der Gewerkschaften vor sich geht. Die Versammelten fordern von den Spitzen der deutschen Gewerkschaften (ADGB.), die Hetze gegen Sowjet-Rußland einzustellen, und sich für eine gemeinsame Front mit der Roten und Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einzusetzen. Nur die Einheit der Gewerkschaften, unter Ablehnung jeglicher Arbeitsgemeinschaft mit der imperialistischen Ausbeuterclique, gibt uns die Gewähr, auch in Deutschland dem Sozialismus näherzukommen.

Desgleichen protestiert die Versammlung gegen die Ausschlüsse revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften.

Für die nationale und internationale Gewerkschaftsmehrheit!
Für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland!
Schärfster Klassenkampf gegen die Ausbeuter!
Hände weg von Sowjet-Rußland!

Mockrehna

Ein großer Hühnerdiebstahl. Einem hiesigen Landwirt wurden von noch nicht ermittelten Dieben 30 gelbe und schwarze Hühner und zwei gleichfarbige Hähne gestohlen. Die Tiere wurden gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet. — 30 Hühner, das gibt eine sehr kräftige Suppe. Zu bedauern wäre nur, wenn der geschädigte Landwirt selbst so arm ist, um sich eine Hühnersuppe leisten zu können.

Könnern

Allen Arbeitereltern von Könnern und Umgegend, die ihre Kinder zur Jugendweihe schicken wollen, müssen diese bis zum 1. März beim Genossen Fritz Peter, Könnern, Obere Braunschweiger Straße 8, anmelden.

Theater und Konzerte

Stadttheater. In der Neueinstudierung von Flotows „Martha", die heute in Szene geht, wirken mit die Damen v. Barsy, Schwelle, Haupt, Picard, Schmelzer, und die Herren Brinck, Roesler, Schütz. Den Lyonel singt Desider Roitstein vom Stadttheater Magdeburg a. G. an Stelle des erkrankten Paul Bassermann. Musikalische Leitung: Hanns Roessert. Regie: Heinrich Kreutz. Mittwoch „Csardasfürstin"; Donnerstag (7 Uhr) „Die Walküre"; Freitag Erstaufführung des Schauspiels „Ueber Nacht" von E. Poritzky.

Walhalla. Morgen, Mittwoch, findet die erste Aufführung der großen Ausstattungsrevue „Das Journal der Liebe" statt. Musik von Egon Neumann. Die Hauptrollen liegen in den Händen erstklassiger Wiener Künstler. Trotz enormer Unkosten kleine Preise.

Nachruf

Ganz plötzlich und unerwartet entriß der Tod am Sonntag, dem 6. Februar uns unsere Jugendfreundin

Walda Höpfner

Wir werden ihr wegen ihres aufrichtigen und liebevollen Wesens ein bleibendes Andenken bewahren

Rasberg, den 14. Februar 1927

*433 **Die Jugend**

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, des Schneiders

Albert Lehmann

sagen wir allen für den schönen Blumenschmuck und das letzte Geleit unseren innigsten Dank. Besonders Dank dem Genossen Kroh für seine trostreichen Worte am Grabe 431

Familie Albert Lehmann
Dessauer Straße 16

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung
unseres lieben Sohnes
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren besten Dank
Besonders Dank den Kameraden des RFB. und dem Genossen Koch für die trostreichen Worte am Grabe
Merseburg, den 15. Februar 1927

Familie Kumm

Fertige Ihnen
für 29 Mk.
inkl. Zutaten modernen Anzug oder Mantel nach gen.
Maß
aus mitgebracht. Stoffen
Gr. Ulrichstr. 18
2 Treppen

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 77
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Schlafstelle z. verm.
Kl. Märkerstr. 3, III

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Eine begeisterte Ovation
wird unserem Tabakdoktor Ali Nabi in Gegenwart unseres Münchner Kindls dargebracht, als man ihn auf dem Schiff als den Schöpfer der bewunderten Zuban-Zigaretten erkennt. Höchstes Lob überall
wird kostbaren Zuban-Zigaretten zuteil,
sei es im deutschen Vaterlande oder weit draußen in fremder Welt.
Lucy Doraine ist die Krone Aller.
Ihr mildsüßes Aroma, eine Folge der glücklichen Mischung ausgewählt edler macedonischer Tabake umschmeichelt Sie inmitten der Hast des Alltags wie eine liebende Frau. Ihr milder Duft macht sie Ihnen zum ungetrübten Genuß.

„Lucy Doraine", die erlesene Zuban-Fünfer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0007
DFG

A. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

Zigarren, Zigaretten u. Tabake
Georg Föisner, Jakobstraße 15
33302

Rind- u. Schweineschlächterei Otto Götze
Steinweg 51 – Tel. 22529
empfiehlt ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33304

Albert Müller Glauchaer Str. 31 Telephon 22887
Spezialgeschäft für
Mehl und Futtermittel aller Art
33307

Rind- u. Schweineschlächterei Karl Schröder
Glauchaer Straße 65
empfiehlt prima Fleisch- und Wurstwaren
33308

Schokoladenhaus Frieda Pape
Glauchaer Straße 23
Zuckerwaren – Kakao – Kaffee – Tee
33309

Schuhhaus Merkur
Geiststraße 22
Schuhwaren f. Herren- und Damen
Unsere Schlager:
Mk. 10,50 Mk. 12,50 Mk. 14,50
33333

Emil Riede, Glauchaer Straße 69
Lebensmittel, Kolonialwaren und hausschlachtene Wurstwaren
33310

Rind- und Schweineschlächterei
Paul Praetorius, Glauchaer Str. 74
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33315

Heinrich Hackenberg, Landsberger Str. 61
Kolonialwaren – Spirituosen – Weine
33325

Paul Reiches Restaurant „Zum Flaker“
Scharrenstraße 2 Scharrenstraße 2
33329

Karl Hildebrandt Ecke Landsberger Str. 40
Kolonialwaren – Landesprodukte
33326

Hermann Böhlert, Roßschlächterei
Glauchaer Str. 75 – Bärgasse 4
Seebener Str. 164
empfiehlt prima Fleisch- u. Wurstwaren.
33311

Goldene Kette, Alter Markt 11, Bes. Albert Nade
Arbeiter-Verkehrslokal
33693

A. Thomas, Steinweg 34
Seifen – Parfümerien – Bürsten
– Kämme – Toiletteartikel –
33355

Zigarren, Zigaretten u. Tabake en gros en detail
H. Breternitz, Herrenstr. 11 Telephon 21928
3334?

Gottfried Grobe, Bertramstr. 21a
Lebensmittel, Wurstwaren eigen. Schlachtung
33354

Bäckerei u. Konditorei Walt. Müller, Lange Str. 18
empfiehlt täglich
frische Backwaren
33350

= Kaffeerösterei u. Spirituosen =
Albert Grimm Nachf., Steg 15
33351

A. Schmidt, Steinweg 35
Lebensmittel, Konserven, hausschl. Wurstwar.
33358

Johannes Kaller, Kolonialwaren, Herrenstr. 20
Delikatessen. – Spezialität: Frisch geröst. Kaffee.
33344

Hermann Jänicke
Belfortstraße 7
Rind- und Schweineschlächterei
ff. Wurstwaren
33282

Täglich frische Seefische
Delikatessen – Konserven – Butter
Käse – Prima Fruchtweine
Fisch- u. Feinkost-Lehmer, Diemitz
Telephon 27917
33700

M. Fischer, Ludwigstr. 2, Kolonialwaren
Hausschlachtene Wurstwaren
33279

Oswald Reichardt
Grasweg 14, Ecke Oleariusstraße
Zigarren, Zigaretten, Tabake
33274

Frieda Graupeter, Unterberg 17
Lebensmittel, hausschlacht. Wurstwaren
33336

Rind- und Schweineschlächterei
Hugo Taatz, Steinweg 39
empfiehlt
ff. Fleisch- und Wurstwaren
33300

Hüte — Mützen
jeder Art kaufen Sie zu Fabrikpreisen nur
Kleiner Berlin 2
in der Stroh- und Filzhutfabrik
Gegr. 1910 **Franz Zenk** Gegr. 1910
Umarbeiten jeder Art Hüte auf neueste Formen
33263

F. W. Krebs
Gr. Klausstr. 10
Kolonialwaren
Spirituosen
33287

Albert Voigt
Torstraße
Ecke Tholuckstraße
empfiehlt feinste
Backwaren
ff. Teegebäck
33230

Lederausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Ferd. Dolze, Reilstraße 26
Fil. Siedlen, Maierstr. 9
33262

Rind- u. Schweineschlächterei
ff. Wurstwaren
Franz Kopf, jun.
Rannischestr. 10
33246

Sanitäts-Artikel
Spezialliste auf Wunsch
Duschen, Clysos
Irrigatoren
A. Koch, Burgstraße 11
33265

Nähmaschinen
Fahrräder
Radioapparate
Grammophone
Teilzahlung
engl., amerik. und deutsche Röhren
Otto Wilke, Halle
Triftstr. 22a
33270

Fritz Klaus
Zigarren
Zigaretten
Tabake
Dreyhauptstr. 12
Spezialmarke:
Alte Herren
33249

Paul Dähne
Gerberstraße 7
Billigste
Bezugsquelle für
Lebensmittel
33267

Drogerie
Paul Möckel
Gr. Gosenstraße 12
Drogen
Farben, Seifen
33273

Rind- und
Schweine-Schlächterei
ff. Wurstwaren
Karl Laue
Röderberg 2
33254

Richard Flade
Ludwigstr. 1
Kolonial- u. Lebensmittelwaren, Rauchwaren, feine hausschlachtene Wurstwaren.
33296

M. Maulhardt
Burgstraße 17
Kolonialwaren
Spez.: Hausschlachtene Wurstwaren
33240

Rind- und Schweineschlächterei
Carl Weber
Schmeerstraße 6
33247

Nottrotts Restaur.
Triftstr. 23
Arbeiter-Verkehrslokal
33271

Allgäuer Butter- u. Käsehandlung
Bezugsquelle für Rohkostler
Talamtstraße 3
am Hallmarkt
33264

Hallisches Seifenhaus
Otto Renner
Talamtstraße 9 a. d. Marktkirche
Gr. Brauhausstr. 13 a. Leipz. Turm
Billig. Bezugsquelle in Seifen, Parfümerien, Toiletteartikel
33258

Julius Klostermann
Advokatenweg 27
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
33261

Zigarrenhaus Anna Franke
Bernburger Straße 30
Zigarren — Zigaretten — Tabake — Pfeifen
33330

Hallesche Molkerei
Glauchaer Straße 15/16
empfiehlt ihre Molkereiprodukte
33352

Restaurant Hermann Wötzel
Unterberg 12 Für alle Arbeiter
33332

Rind- u. Schweineschlächterei
Karl Walther, Zwingerstr. 1
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren
33345

Bäckerei u. Konditorei Paul Thiele
Glauchaer Str. 39 – Tel. 25176
empfiehlt tägl. frische Backwaren.
33319

E. Knorth Nachf. Inhaberin: Marie Onderke
Glauchaer Str. 2 – Tel. 28472
Eisenwaren — Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
33313

Zigarren — Zigaretten — Tabake
Wilhelm Gallrein, Glauchaer Str. 76
33312

Bäckerei und Konditorei
Gustav Franke, Glauchaer Str. 62
empfiehlt sein
vorzügl. Weiß- u. Schwarzbrot, ff. Matz- u. Mohnkuchen
3331?

Bäckerei Joseph Voitmer
Ludwigstraße 12
empfiehlt seine Backwaren in stets guter Qualität
3327?

Otto Brandt
Lebensmittel- und Zigarrenhaus
Rosenstr. 8, Ecke Rich.-Wagner-Str.
Tel. 26615 Tel. 26615
Dienstags und Freitags:
Schlachtefest
3326?

Zigarren, Zigaretten, Tabake
empfiehlt
Karl Kreutzmann, Turmstraße 157
3332?

Karl Schmidt, Schützenstraße 6
Lebensmittel — Hausschlachtene Wurstwaren
3331?

Rind- und Schweineschlächterei
Spez.: Hausschlachtene Wurstwaren
Oswald Kirchner, Büschdorfer Str. 6, Fernr. 26358
33327

Zigarren, Zigaretten und Tabake
Richard Fiedler, Oleariusstr. 10 am Hallmarkt
3324?

Brot-, Weiß- u. Kuchenbäckerei
Gustav Witzel, Hirtenstraße 14
hält sich mit stets frischen Backwaren bestens empfohlen
33317

Bäckerei u. Konditorei Kurt Schumann
Saalberg, Ecke Glauchaer Str.
hält sich mit täglich frischen Backwaren bestens empfohlen.
3331?

Otto Sennewald, Merseburger Straße 85
Material- und Kolonialwaren
Spezialität: Hausschlachtene Wurstwaren
33695

Bäckerei u. Konditorei Maria Stein,
Halle a. d. S., Pfännerhöhe 29
33694

Dauerwäsche Marke „Schildkröte“
kauft man am besten Geiststraße 17
3338?

Margarete Fuchs, Steinweg 31
Schokoladen, Konfitüren
333?7

Johann Kaptur, Lange Str. 30
Spezialgeschäft für Konfitüren-, Schokoladen-, Kakao-, Zuckerwaren
3334?

Schreib- u. Tabakwaren **Hugo Hempel**
Lerchenfeldstr. 23
33356

Fleisch- u. Wurstwaren, **Richard Beuche**
Ludwig-Wucherer-Str. 15, ff. Casseler Rippenspeer
3333?

Kolonial- u. hausschlachtene Wurstwaren.
Hugo Hoppe, Konserven, Mühlweg 29.
33328

Tabakhaus Albrecht
Geiststr. 15, neben der Adler-Apotheke
33331

Otto Bestel
Merseburger Straße 150
Ecke Ladenbergstraße
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
33321

Otto Brand Kolonialwaren
Spirituosen
Tabake und Zigarren
3329?

Robert Dockhorn
Ludwig-Wucherer-Straße 49
Zigarren, Zigaretten, Tabake / Wettannahme
3328?

Emil Bock
Kleine Ulrichstr. 1 Fernruf 25924
Zigarren ☆ Zigaretten ☆ Tabake
3328?

Rind- und Schweineschlächterei
Fritz Schubach, Fleischerstraße 16
3328?

M. Gottheil
Gr. Klausstraße, Ecke Oleariusstraße
empfiehlt seine besten Qualitäten
Männerhemden, Frauenhemden
Strickjacken, Schürzen usw. usw.
zu allerbilligsten Preisen
33278

August Bergmann, Böllberger Weg 6
Kolonialwaren
Hausschlacht. Wurstwaren
33298

Margarete Dorenberg, Lange Straße 20
Lebensmittel – Kolonialwaren
Spezialität: Hausschlacht. Wurstwaren
33347

Otto Warnt, Böllberger Weg 21
Landeier, Lebensmittel
Obst – Gemüse
33297

Rind- und Schweineschlächterei
Richard Schiller, Torstr. 49
Spezialität
Feine Fleisch- u. Wurstwaren, ff. Aufschnitt
33277

Bäckerei und Konditorei
Scheuch
empfiehlt erstklassige Backwaren
33281

Otto Fischer
Böllberger Weg 19
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Schokoladen – Zuckerwaren
33275

Bäckerei und Konditorei
Max Elstermann, Raffineriestr. 7
33698

Rind- u. Schweineschlächterei
ff. Wurstwaren
Otto Nillus, Trothaer Straße 59
33677

M. Braune
Burgstraße 56
Kolonialwaren
Jeden Sonnabend:
Schlachtefest
33269

Otto Zörner
Ecke Reil- und Kohlschütterstraße 9
Tel. 28912
Kolonialwaren
Feinkost
Kaffee, Tee und Kakao
Schokolade und Molkereiprodukte
B: hausschl. Wurstwar.
33285

Bäckerei Kämpf
Gr. Gosenstr. 32
33272

Reiner Klaes,
Trothaerstr. 64
Fahrradhandlg.
Reparaturwerkstatt:
33295

W. Fleischer
Kl. Ulrichstr. 30
Zigarren,
Zigaretten,
Tabake
33299

Luise Nickel
Merseburger Str. 3
Lebensmittel-, Kolonial- u. hausschlachtene Wurstwaren
33301

Oskar Großklaus
Rind- u. Schweineschlächterei
33260

Margarete Löwe
Schmeerstraße 22
Billigste
Bezugsquelle für
Babywäsche
33253

Gustav Grimm
(vorm. A. Ohme)
Steinweg 38
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Herrenartikel
33360

Filz- u. Schuhwaren
Reparaturwerkstatt
Billig Gut
Karl Vogt, Triftstr. 25
33287

Rind- und Schweineschlächterei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Franz Kunze
Burgstraße 59
33289

Emmy Quentin
Glauchaer Straße 40
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
33306

Die Schaufenster der Firma
Sachse & Co., Rich.-Wagner-Straße 52
Konfektion, Leinen-, Wollwaren
und unsere Kunden sagen Ihnen
wo Sie kaufen müssen
33288

Rind- und Schweineschlächterei
Georg Weiß, Geiststraße 13
Täglich frische Brühwürstchen
33340

M. Helbig, Merseburger Straße 67a
Konserven, alle Delikatessen, Kolonialwaren
ff. hausschlachtene Wurstwaren
33323

Reinhold Langner, Lindenstr. 54 Kartoffelhandlung
Obst, Gemüse, Konserven
ff. hausschlachtene Wurstwaren
33324

Material- u. Lebensmittelhandlung
Paul Henning, Neumarktstraße 10
Hausschlachtene Wurstwaren
Kautabak (Firma Grimm & Triepel)
33338

Otto Grüneberg, Gr. Wallstr. 45
– Fleischwaren aller Art –
Herstellung feinster Wurstwaren
zu stets billigsten Preisen
33678

Besen – Bürsten – Wäscheleinen
preiswert und billig
Seilerwaren-Troitzsch nur Geiststr. 18
33699

Spezialgeschäft für Herrenhüte u. Mützen
Robert v. Hagen
Gr. Steinstr. 34a b. d. Kliniken.
Eigene Reparaturwerkstatt im Hause
33337

Rind- u. Schweineschlächterei **Max Renzner**
Langestraße 30
– Prima Fleisch- u. Wurstwaren –
Spezialität: ff. Aufschnitt.
33346

Rind- u. Schweineschlächterei
Herm. Gauck
Bertramstr. 17
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
ff. Aufschnitt
33359

A. Hoheisel
Fleischerstr. 26
Zigarren
Zigaretten
Tabake
33679

Fr. Büchner
Gr. Brunnenstr. 71
Brot- u. Kuchenbäckerei tgl. frisch
33257

Kurt Elze
Königstr. 64
ff. Brot- und Backwaren
33320

Herren- u. Jünglings-Kleidung auf Teilzahlung
zu den günstigsten Bedingungen kaufen Sie am besten und billigsten bei
Franz Mettner, G.m.b.H., Neumarktstr. 6
33334

Otto Wucherer
Trothaer Str. 78
empfiehlt
Kolonialwaren
hausschl. Wurst
Spirituosen
33291

Paul Hennicke
Große Märkerstraße 18
Billigste
Bezugsquelle für
Lebensmittel
33251

Bruno Rolle
Reilstraße 33
Kinderwagen u. Korbwaren
33244

M. Dähne
Wäscherei
Herrenstr. 3
Wörmlitzer Str. 108
Wäscht u. plättet sorgsam u. schonend
33353

Hermann Dorgerloh
Mansfelder Straße 44
Bäckerei und Konditorei
33241

Willy Teichler, Schleifweg 5e
ff. hausschlachtene
Fleisch- und Wurstwaren
33268

Albert Hense
Dessauer Str. 17
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
stets frisch u. billig
33674

Fleischerei Otto Ulbricht, Glauchaer Straße 28
Empfehle meine
Fleisch- und Wurstwaren, nur erste Qualität
33348

Franz Höllein
Kl. Ulrichstraße
Ecke Jägergasse
Zigarren
Zigaretten
Tabake
33286

Material-, hausschlacht. Wurstwaren
Albert Stittrich
Friedrichstr. 22
j. Donnerst. Schlachtefest
33341

Bäckerei u. Konditorei
Gebr. Kermeß,
Trothaer Str. 67.
33293

Rind- und Schweineschlächterei
Paul Thürmer
Alter Markt 25
33245

Emil Bohst
Körnerstr. 9
Kolonialwaren
Hausschl. Wurst
33255

Walter Röder
Lebensmittelhalle
Körnerstraße 18
33256

Albert Werner
Gr. Brunnenstr. 39
Lebensmittel
33259

Friedrich Schmidt
Gr. Steinstr. 53
Lederausschnitt Schuhmacherbedarfsart. preisw.
33342

Hermann Geber
Triftstraße 26
Bäckerei
33242

Marie Schmalz
Reilstraße 22
Woll- und Weißwaren
33243

Denkt daran!
Kauft Eure Farben und Tapeten nur bei
Farben-Kramer Mittelwache 9/10 Telephon 21465
33303

Lebens- u. Futtermittelhaus
Bill. Bezugsquelle
Rich. Rauschenbach
Triftstraße
33260

Ernst Knoche
Robert-Franz-Str. 7
Kolonial- und hausschlachtene
Wurstwaren
33280

Bäckerei u. Konditorei
Täglich frische Backwaren
Trümplers Bäckerei, Burgstraße 2
33239

Damen- und Herren-Frisier-Salon
Ernst Löblich, Merseburger Str. 150
33697

Herm. Krauels, Kolonialwaren
Pfännerhöhe 30 – Ritterstr. 1
Eigene Hausschlächterei m. elektr. Betrieb
Jeden Dienstag u. Freitag Schlachtefest
33696

Ida Lotze
Trothaer Straße 20
Damen- u. Herrenstoffe
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Maßanfertigung
33292

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Gefangenenausbrüche aus der Lichtenburg und wie Sozialdemokraten darüber denken

Das „Volksblatt" samt seinen Kopfblättern brachte am Sonnabend folgende Notiz:

Aus dem bekannten Zuchthaus Lichtenburg bei Torgau haben Insassen schon des öfteren erfolgreich Ausbrüche verübt. Erst gestern konnten wir über den Ausbruch von vier Schwerverbrechern berichten. Die Verbrecher bilden in der Freiheit natürlich **eine schwere Gefahr für die Gesellschaft**, da sie mit größter Wahrscheinlichkeit ihre Freiheit durch neue Verbrechen mißbrauchen werden. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die mangelnde Sicherheit gegen Ausbrüche von Gefangenen in der Lichtenburg größte Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen.

Die Justizbehörde muß sich dieser Sachlage nun wohl auch bewußt geworden sein. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu mitteilt, hat sich der Präsident des Strafvollzugsamts in Naumburg nach der Strafanstalt Lichtenburg begeben, um an Ort und Stelle den Sachverhalt des neuen Gefangenenausbruchs aufzuklären und insbesondere zu prüfen, welche Maßnahmen zur Ergreifung der Entflohenen und zu künftiger Verhütung von Ausbrüchen Gefangener zu treffen sind.

Arbeiter, was sagst Du dazu? Ist es nicht ein Hohn, wenn sozialdemokratische Redakteure etwas Derartiges schreiben? Wenn sie hervorheben, daß die Verbrecher eine Gefahr für die Gesellschaft sind, ohne als Marxisten, die sie sein wollen, zu betonen, daß die Verbrecher eben **durch die kapitalistische Gesellschaft** zu solchen geworden sind? Ist diesen wirklichkeitsfremden Stribisaren nicht der Gedanke gekommen, daß in diesem Zuchthaus den Gefangenen die **miserable Behandlung** unerträglich wurde und sie zur Flucht veranlaßte? Letzten Endes hat die Gefängnisverwaltung und in weiterem Sinne die bürgerliche Gesellschaft doch die Hauptschuld an der Geschichte. Selbst Sozialdemokraten sollten die spießerhafte Furcht vor „Beunruhigung in der Bevölkerung" nicht kennen, für die Verbesserung der brutalen Strafvollzugsordnung mehr tun und überhaupt energischer den Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus führen. Aber es sind eben — Sozialdemokraten!

Opfer der Antreibe- und Rationalisierungsmethoden

Auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstelle in Kaltenordheim erstor der Schreiner Reich. Morgens fanden ihn Vorüberkommende tot am Wege liegen. Es kommt in der Republik des Reiters nicht selten vor, daß Menschen erfrieren. Zumeist handelt es sich dann aber um Arbeits- und Obdachlose. Wenn aber ein Arbeiter auf dem Heimweg von der Arbeitsstätte erfriert, dann besagt das so viel, daß er dermaßen ausgebeutet wurde, daß er vor Erschöpfung zusammengebrochen ist, aber sich ausruhen wollte, dann eingeschlafen und erfroren ist. — Arbeiter, wehrt Euch gegen dieses Mordsystem!

Von einem Weichenposten wurde bei Köthschau zwischen den Schienen der Eisenbahn die Leiche des 55jährigen Streckenarbeiters Franz Pole aus Tollwitz aufgefunden. Die Ermittlungen sind aufgenommen worden. Es ist anzunehmen, daß der Arbeiter bei Ausübung seines Berufes von einem Personenzuge überfahren wurde. — Das ist unseres Erachtens nicht nur anzunehmen, sondern eine Tatsache. Anzunehmen ist nur mit 99 Prozent Sicherheit, daß sich auch in diesem bedauerlichen Fall eine Sparmaßnahme der Dawes-Bahn auswirkt.

Am Freitag geriet in einer Maschinenfabrik Braunschweigs der Kesselschmiedelehrling Otto Lasar in der Gasometerfabrik mit dem Kopf zwischen einen Kran und einen Kessel. Er zog sich dabei derartig schwere Quetschungen zu, daß er schon auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb. Was fragt das Unternehmergeschmeiß nach jung und alt. Sie sind alle gleichwertige Ausbeutungsobjekte. Darum muß sich auch jung und alt zusammenschließen, um den Kampf zu führen gegen das Kapital. Es geht um Jugend und Zukunft.

In Hartenstein verunglückte der in Fährbrücke bei der Firma Tölle beschäftigt gewesene Arbeiter Gustav Hanndorf. Er kam der Hochspannungsleitung zu nahe und verbrannte sich so schwer, daß er sofort verstarb.

Die Berichte von den USP.-Konferenzen können aus technischen Gründen erst Mittwoch veröffentlicht werden.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Butterschwindeleien. Eine unvermutete Butterrevision auf dem hiesigen Wochenmarkte ergab, daß mehrere Verkäuferinnen ein beträchtliches Mindergewicht bei den von ihnen feilgebotenen Stücken aufzuweisen hatten. Es wurden bis zu 40 Gramm Fehlgewicht verzeichnet. Die Revision wird noch für manche Butterfrau ein Nachspiel haben. — So sehr auch wir derartige Betrügereien gegenüber der kaufenden Masse verurteilen und dagegen strengste Maßnahmen fordern, kann man sich doch der Tatsache nicht verschließen, daß die Kleinhändler durch die Preiskalkulation, überhaupt durch das Profitsystem der Großhändler und Agrarier, oftmals zu solchen Machinationen indirekt gezwungen werden. Es müßte erst einmal festgestellt werden, ob die fraglichen Händler die Butter selbst erzeugt oder aber von einer Molkereigenossenschaft bezogen haben. Im letzten Falle könnten überhaupt keine Entschuldigungsgründe geltend gemacht werden.

Teuditz. Ist das kein Betrug? Bei den Aufräumungsarbeiten, die ein Großfeuer vor einiger Zeit notwendig machte, wurden acht Arbeiter zur Nachtwache bestimmt. Nachdem vom Gemeindevorsteher Pretzsch für diese Tätigkeit ein Stundenlohn von 50 Pfennig versprochen war, haben einige dieser Arbeiter sogar 78 Stunden geardeitet. Seitdem sind drei Monate verstrichen, ohne daß den Arbeitern der ihnen versprochene und zustehende Lohn ausgezahlt wurde. Einigen wurde sogar vom regulären Lohn wegen Zusätzkommens Abzüge gemacht. Ein solches Gebaren wird im allgemeinen als Betrug bezeichnet. Es wird sich aber kein Gericht finden, das die geschädigten Arbeiter zu ihrem Recht verhilft. Um so mehr muß sich die Arbeiterschaft zusammenschließen, um in Zukunft derartige Fälle unmöglich zu machen.

Schkeuditz. Aus dem Krankenhaus „Bergmannswohl" dringen von den dortigen Kranken immer wieder Klagen zu uns. So soll den Patienten jetzt der ihnen zustehende Brotbelag entzogen sein. Das Kommando im Hause hat der Oberwärter und Stahlhelmmann Kockmann, der überall zu finden ist, nur nicht da, wo er hingehört. Vor einigen Tagen wurden beide Aborte angeblich wegen Reparatur gesperrt, so daß die Patienten ihre Notdurft im Garten verrichten mußten. In Wirklichkeit aber sollen die Aborte so verdreckt und verstopft gewesen sein, daß sie einfach nicht mehr zu benutzen waren. Kranke, die als hundertprozentige Erwerbsunfähige hier zur Untersuchung waren, waren nach ihrer Entlassung auf 10 Prozent herabgesetzt. Es handelt sich also um eine Rentenauslese übelster Art und die Bezeichnung „Bergmannswohl" klingt wie blutige Satire.

Mücheln. Leichenfund. In einem Dickicht im Walde, so wird aus Donndorf berichtet, wurde bei einer Fuchsstreife die Leiche eines Mannes in stark verwestem Zustande aufgefunden. Die Ermittlungen über die Personalien des Toten sind aufgenommen worden.

Delitzscher Arbeiterfeinde

Aus dem Stadtparlament — Kein Geld für Erwerbslose und Rentner — Das Oberhaupt beschwert sich über die viele praktische Arbeit der Kommunisten

Vier Stunden lang tagte das Parlament und die arbeiterfeindliche, reaktionäre Haltung des Bürgerblocks löste sehr scharfe Debatten aus. Der Zuschauerraum war überfüllt und die Zuhörer hatten genügend Gelegenheit, sich von der arbeiterfeindlichen Einstellung der rechten Mehrheit zu überzeugen. Bei der Behandlung der Erwerbslosenanträge trieben die Bürgerlichen das Spiel so arg, daß sich die Zuschauer in ihrer Erregung in die Verhandlung einmischten und der Vorsteher drohte, bei Wiederholung von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Zu Beginn der Sitzung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Laue Frau Ebeling als Nachfolgerin eingeführt.

Die Erwerbslosen hatten Dringlichkeitsanträge eingebracht und verlangten darin Durchführung der Notstandsarbeit am Stadtgraben, Kohlen und Milchkarten für die Kinder. **Die kommunistische Fraktion stellte hierzu den Antrag auf Ausgabe von Milchkarten für Kinder bis zu zwei Jahren für alle Hilfsbedürftigen, die Mittel sind von 250 Mk. auf 500 Mk. zu erhöhen.** Der Dezernent des Fürsorgeamtes erklärte hierauf, daß ihm Mittel zur Durchführung dieser Forderungen nicht zur Verfügung stehen. Der bürgerliche Arbeiter Stadtverordneter Franke hatte den traurigen Mut, zu beantragen die ganze Angelegenheit ohne Mittel an den Fürsorgeausschuß zu überweisen, was in diesem Falle einer Ablehnung gleich ist.

Der Antrag wird mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Frau Ebeling von der Rechten stimmte mit der Linken. Der Vorsteher gab jedoch bei der Abstimmung den Ausschlag und brachte damit den Antrag zu Fall.

Mit der Zustimmung zur Verlegung des Punktes 13 (Ergänzung des Haushaltplanes für die Fürsorgeverwaltung) zu Punkt 3 und durch einen Beschluß, die Haushaltungspläne zugunsten der Fürsorge übertragbar zu gestalten, gelang es, der Fürsorge Mittel zuzuführen. Die Erwerbslosen tun nun gut, ihrerseits Unterstützungsanträge an die Fürsorgeverwaltung zu richten.

Die Regulierungsarbeiten am Loberundstadtgraben sind nunmehr von der Regierung genehmigt und unsere Genossen verlangten sofortige Inangriffnahme der Arbeiten und Bezahlung der Arbeiter nach Tariflohn. Unternehmerangebote liegen zu 24 000, 40 000 und 62 000 Mk. vor.

Zur Beseitigung der Mückenplage beantragt die kommunistische Fraktion, Ausgabe von Schwefel von seiten der Stadt und polizeiliche Ueberwachung der Durchführung. Der Magistrat will erst abwarten, was der Kreis unternimmt, auch die Bürgerlichen stimmten dem Antrag erst zu, nachdem die Aussprache sie belehrt hatte. Der Antrag wurde angenommen.

Die Mieten der städtischen Häuser in der Körner- und Roonstraße betragen 232 und 256 Mk., im Vierfamilienhaus 429, 440, 495 und 499 Mk. Der Zinsfuß der aufgenommenen Anleihe bei der Kreisbank beträgt noch immer 10 Prozent inkl. 2 Prozent Amortisation, der Magistrat wurde beauftragt, auf eine Senkung des Zinsfußes auf jeden Fall hinzuwirken.

Den vier Delitzscher Großbetrieben sind 30 000 Mk. an Steuern geschenkt worden. Auf Grund dessen verlangten auch die Stadtverordneten der Linken eine Entschädigung für ihre zweijährige Tätigkeit, die ja durch die Beschaffung von Schriften und Büchermaterial Unkosten mit sich bringt, die ein Arbeiter als Stadtverordneter mit seinem geringen Einkommen nicht tragen kann. Die bürgerliche Mehrheit will jedoch gerade auf diese Weise die Arbeiter von diesen Ehrenämtern fernhalten und lehnte den Antrag ab.

Die städtischen Arbeiter beantragen die Auszahlung der bereits vor Weihnachten bewilligten Weihnachtsbeihilfe von 20 Mk. **Auch in diesem Falle ist die bürgerliche Mehrheit dagegen, so daß zum Schluß unsere Fraktion zweite Lesung beantragt.**

Um die invalidisierten städtischen Arbeiter vor dem Verhungern zu schützen, soll

eine Ruhelohnkasse für städtische Arbeitnehmer

geschaffen werden. Der Magistrat ist bereit, einen Fonds von 3000 Mk. anzulegen. **Der Vorsteher Schmidt, der selbst eine annehmbare Pension bezieht, erklärte, die Arbeiter erhielten doch Tariflohn und hätten ständig Arbeit, Invalidenrente bekommen sie auch. Er lehne daher diesen Antrag ab,** desgleichen auch der Herr Hoyer (Bettfedern). Freilich, so alte Leute werden von Hoyer keine Bettfedern mehr kaufen, aber auch die übrige Arbeiterschaft wird sich das merken.

Unsere Genossen halten nunmehr diesen Herrschaften den Spiegel gründlich vors Gesicht. Als nun die Bürgerlichen immer mehr in die Enge kommen, beantragen sie zweite Lesung.

Zugestimmt wird dann der Errichtung eines massiven Baues für sechs Räume für Obdachlose (Kosten 5800 Mk.).

Der Anlage einer neuen stillen Alarmvorrichtung für die Feuerwehr und einer Feuerglocke auf den breiten Turm von Bronze wird zugestimmt.

Das städtische Bauamt hatte eine größere Menge Fußbodenöl zu 82 Pf. von Leo Jung bezogen, während hier der Preis 46 Pf. beträgt. **Eine Untersuchung ergab, daß das Oel, das vom Konsumverein für 45 Pf. bezogen ist, gut und brauchbar, und das zu 82 Pf., von Leo Jung bezogen, unbrauchbar ist.**

Ein Antrag der Linken zum Bau einer neuen Schule fand Annahme.

Die Straßenbeleuchtung wurde von unseren Genossen scharf kritisiert. Während oft bereits nachmittags um 4 Uhr die Gaslampen brennen, ist früh um 6 Uhr, wenn die Arbeiter in die Betriebe gehen, alles in Dunkel gehüllt. Unsere Genossen verlangen Abhilfe. Der Stadtverordnete Franke war sehr erstaunt, daß auch die Arbeiter Licht beanspruchen. Der Magistrat erklärte hierzu, daß **er für derartige Sachen keine Zeit habe.** Es wird also noch so lange dunkel bleiben, bis den Arbeitern „ein Licht" aufgeht.

Genosse Geith beantragt noch, aus der Moltkestraße doch endlich einmal eine Straße zu machen, desgleichen auch die Poststraße, und wünscht gleichzeitig darüber Aufklärung, was der Magistrat in Sachen des **versteckten Schlammzuführrohres von der Zuckerfabrik in den Lober unternommen hat.**

Der erste Bürgermeister erklärt, daß er in Zukunft nur noch Fragen beantworten will, die 24 Stunden vorher an ihn gerichtet sind. Der Vorsteher beklagt sich bitter über die vielen Anträge von der KPD. Das ist sehr bezeichnend. Die Herrschaften, die sonst immer den Kommunisten vorwerfen, keine praktische Arbeit zu leisten, beschweren sich auf einmal über die zu viele praktische Arbeit auf ihrer Seite. Denn daß alle von der KPD. gestellten Anträge und Anfragen praktische Bedeutung im Interesse der breiten Masse aller Steuerzahler haben, dürfte höchstens einen geistig zurückgebliebenen Menschen nicht einleuchten.

Um 9 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

„Unvergeßliche Stunden als Gast bei Bismarck"

Aber „ER" hat keine Ahnung

Wir hatten in unserer Nummer 32 unter Naumburg einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Frau von Bienenstamm, wohnhaft Naumburg, Jenaerstraße, beschäftigt. Auf diesen Artikel schickt uns die Genannte eine Art Berichtigung, die wir hier wörtlich folgen lassen wollen, obwohl sie den preßgesetzlichen Vorschriften in keiner Weise entspricht:

An die Redaktion des
„Klassenkampf"

Sie haben einen Artikel herausgebracht, der sich mit meiner Person und mit Untermieterverhältnissen bei mir befaßt.

Nach § 11 des Preßgesetzes verlange ich Aufnahme beifolgender Richtigstellung der Angaben in N 32.

Es ist nicht wahr daß die Untermieter Martins keine Ahnung hatten daß sie bis spätestens 31 Jan. 27 ausgezogen sein mußten. Seitdem 6 Mai 26 haben sie es gewußt. Der eigene Neffe hat zugegeben daß derartig schmutzige Verhältnisse in keinem Hause geduldet werden. Das Kind des Mädchens war 3 Monate alt. Es ist nicht wahr daß meine Untermieter ausgenutzt werden. Sie zahlen die üblichen Preise u. haben zahlreiche Vorteile. Familie G. erhielt guten Wintermantel geschenkt, Bettwäsche, nähte auf m. Nähmaschine, Anstellung in Leuna und täglich Gefälligkeiten aller Art. Wenn die Leute es schlecht hätten würde ich wohl kaum seit 1918 Mieter haben während viele Zimmer in der Stadt frei stehen. Der Krieg hat mein Vermögen genommen, Pension od. Unterstützung habe ich nicht. 1918 habe ich die große Wohnung genommen mit der Bedingung, nach Bedarf zu vermieten zum Lebensunterhalt. Bis Nov. 26 waren 80 u. 95 Mk. die Einnahme, durch vermieten der Zimmer m. Kinder und m. Veranda habe ich 166 Mk. Dez5. u. Jan. 27 erreicht, davon in beiden Mon. Unkosten durch Mieter 8.30 u. 15 Mk. Martin. Ich bewohne 2 Zimmer, die Mieter verteilen sich auf 8 gute Räume; Veranda u. Kellertaum. Ferner ist nicht wahr was über Kom. Kaspar gesagt ist. Ein Mädchen im Zimmer II Trep. lebte mit einem verh. Mann, mußte ausziehen. Aus Aerger erzählte sie Kom. Kaspar, ich hätte gesagt er sei Spartakist. Natürlich ist mir dies nie eingefallen. Ich sollte eine Geldstrafe zahlen diese wurde aufgehoben. Damals war Ebert Präsident. Wohl habe ich unvergessene Stunden in Vorzin beim Reichskanzler von Bismark als Gast verlebt aber Herr Reichspräsident von Hindenburg hat keine Ahnung von meiner Existenz Es ist auch nicht wahr daß ich Mitglied des Luisenbundes bin, also auch nicht „Ehrendame" desselben.

Frau von Bienenstamm
geb. Freiin von Puttkamer.

*

Ohne auf die Angelegenheit noch näher einzugehen, soll nur kurz folgendes bemerkt werden:

1. Haben wir gar nicht behauptet, daß die auf die Straße gesetzten Mieter von ihrer Ausquartierung keine Ahnung hatten, sondern vielmehr keine Ahnung von gerichtlichen Dingen hatten und nur dadurch ein Räumungsurteil denkbar ist.

2. Gibt die adelige Dame selbst indirekt zu, daß diese Mieter zwangsweise die Wohnung räumen mußten. Sie gibt weiter zu, daß sich unter den Ausquartierten ein Mädchen mit einem neugeborenen Kind befand.

Auch wird in der Berichtigung zugegeben, daß das Abvermieten an Untermieter geschieht, um sich auf diese Weise seinen Lebensunterhalt zu „verdienen". Die Gründe hierzu können uns ebensowenig interessieren, wie die schmachtenden Erinnerungen an die verlebten Stunden beim Fürsten Bismarck, was übrigens schon eine kleine Ewigkeit her ist. (Aber „ER", der Herr Reichspräsident, hat von „ihrer" Existenz keine Ahnung.) Auch die übrigen von uns aufgestellten Behauptungen werden in den wesentlichen Punkten zugegeben. Daß Frau von Bienenstamm von all den Dingen eine andere Auffassung hat, ist selbstverständlich.

Zu bemerken ist noch, daß die „Berichtigung" auf der Rückseite eines vorgedruckten Einladungsschreibens der Deutschen Adelsgesellschaft zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung niedergeschrieben ist. Bezeichnend sind hier die Worte: „Wohltätigkeitsfest" — „Gesellschaftsanzug" — „zur Deckung der allgemeinen Unkosten sind 3 RM. je Teilnehmer zu entrichten" — und das alles für die — — Naumburger Standesgenossen, das heißt für solche Adelige, die wie die Frau von Bienenstamm zwar ohne Vermögen, aber mit einem guten spekulativen Gefühl ausgestattet sind.

Weißenfels. Pastor Moering teilt uns mit, daß in seinem Hause nicht nur Personen leben, sondern daß er allein sieben unmündige Kinder hat. Somit ist der Artikel: „Die herrlichen Arbeiterwohnungen" vom 10. Februar richtiggestellt.

Naumburg. Die weiße Schmach. Der Gärtner Kurt Mäusezahl aus Engelsburg bei Sangerhausen erhielt wegen Einbruchsdiebstahles im Rückfalle 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, der Arbeiter Wilhelm Weidner aus Mühlberg, Kreis Erfurt, wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis. — Wäre die Angelegenheit für die verurteilten Einbrecher nicht verteufelt ernst, könnte man über die Begründung einer so barbarischen Strafe fast lachen. Der Lauf der Dinge ist doch so: Aus irgendeinem geringfügigen Grunde kommt der Arbeiter mit dem Strafgesetz in Konflikt. Zunächst erhält er eine kleinere Gefängnisstrafe. Meistenteils ist es einem entlassenen Sträfling nicht möglich, Arbeit zu erhalten. Die Folge davon: Krieg mit dem Strafgesetz, hohe Gefängnisstrafe — und nach der Entlassung aus der „Hochschule für Verbrecher" erneute Strafvergehen, da an ein geregeltes Leben gar nicht mehr gedacht werden kann. Die Folgen sind dann solche Strafen, wie sie das Schöffengericht verhängte. Um von vornherein den Vorwurf, den man uns machen könnte, zu entkräften, daß der „Klassenkampf" „berufliche Schwerverbrecher" in Schutz nimmt, soll nur gesragte werden: Wo und durch wen werden Menschen zu „beruflichen Schwerverbrechern" gemacht?

Mansfelder Kreise

Eisleben. Nichts für Proleten. Im Seeburger Jagdrevier wurde kürzlich ein schlohweißer Alpen- oder Schneehase geschossen. Der Pelz des Tieres ist in einem Pelzgeschäft in der Leipziger Straße in Halle jetzt ausgestellt. — Das ist eine seltene Jagdbeute. Ebenso selten, wie der Hasenbraten auf dem Tisch des Arbeiters.

Gerbstedt. Von der Leiter gestürzt. Als der Friseurmeister Robert Probst in seinem Hausgarten mit dem Ausputzen der Obstbäume beschäftigt war, rutschte plötzlich die Leiter weg und P. fiel mehrere Meter tief zur Erde herab und erlitt einen Schädelbruch.

Zappendorf. Selbstmord eines 87jährigen. Ein hiesiger Invalide im Alter von 87 Jahren setzte seinem Leben dadurch ein Ziel, daß er sich die Pulsader mit einem Rasiermesser durchschnitt. Große Schmerzen infolge eines kürzlichen Falles, die noch durch andere Gebrechen vergrößert wurden, sind die Ursache des Selbstmordes gewesen. — Was sind denn die Ursachen der „anderen Gebrechen"? Vermutlich doch Folgen des Krieges oder der Ausbeutung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Roitzsch. Sitzung der Gemeindevertretung. Die Gemeindevertreter hatten sich am 8. Februar zunächst mit der Neuwahl der Gemeindekommissionen zu befassen. Dieselben wurden belassen wie im Vorjahre, nur in die Wohlfahrtskommission wurde auf Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten dessen Mitglied Otto Zschäpe neu gewählt. Im zweiten Punkt befaßte man sich mit dem Verkauf einer Baustelle an den Arbeiter Götzschel. Im weiteren hatten die Erwerbslosen Anträge auf Unterstützung in Gestalt von Miete, Feuerung, Zinsbeiträgen und Milch gestellt. Der Gemeindevorsteher Chemnitz bedauerte, diese Anträge generell nicht berücksichtigen zu können, da **der Erlaß des Regierungspräsidenten Grützner ihm das verbiete,** nichtsdestoweniger sollten aber die bedürftigen Erwerbslosen ihre Anträge gesondert stellen, und die Wohlfahrtskommission wurde ermächtigt, über die Anträge der Erwerbslosen endgültig zu beschließen und sie im weitgehendsten Maße zu berücksichtigen. Die gesamte Gemeindevertretung vertrat aber die Ansicht, daß man mit Unterstützungen die Not der Erwerbslosen nicht beseitigen kann, sondern daß das nur durch Beschaffung lohnender Beschäftigung möglich ist. Es wurden demzufolge folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Befestigung der in Aussicht genommenen Gemeindestraßen ist unverzüglich in die Wege zu leiten, so daß spätestens in vierzehn Tagen damit begonnen werden kann. (Etwa 30 bis 40 Erwerbslose fänden damit sofort Beschäftigung.) 2. Es ist in aller Kürze ein Entwurf des zu bauenden Sechs-Familien-Hauses anfertigen zu lassen, damit, wenn möglich, noch in diesem Monat die öffentliche Ausschreibung erfolgen kann und im März der Bau begonnen wird. Hiermit werden zunächst wiederum Arbeitslose beschäftigt und gleichzeitig auch nach Fertigstellung der Bauten sechs wohnungslosen Familien Unterkunft verschafft. 3. Die Vorarbeiten zum Bau des Freibades sind zu beschleunigen, damit die Einwohner noch in diesem Jahre das Bad benutzen können. Auch hierbei könnte eine ganze Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung finden. Alles in allem versucht die kommunistisch-sozialdemokratische Gemeindevertretung, den 100 Erwerbslosen nach Möglichkeit eine lohnende Beschäftigung zu verschaffen, und an der Baukommission wird es liegen, die Bauvorhaben zu beschleunigen. Nachdem noch einige kleine nebensächliche Gemeindeangelegenheiten besprochen waren, wurde die inhaltsreiche Sitzung geschlossen.

Ramsin. Volksversammlung. Die hiesige Ortsgruppe der Kommunistischen Partei rief die Arbeiterschaft zu einer Volksversammlung auf. Der Besuch war zufriedenstellend. Der Lehrer Zimmermann als geistiger Führer der SPD. war schriftlich zu der Versammlung eingeladen. Genosse Rödel, Bitterfeld, referierte über den Kongreß der Werktätigen, Regierung und Kriegsgefahr. Die Anwesenden folgten mit Spannung seinen Ausführungen. Der „Winterschlaf" der Arbeiterschaft ist vorüber. Das zeigte auch diese Versammlung. Was das arbeitende Volk von dem Völkerbund zu erwarten hat, machte Genosse Rödel, unter Hinweis auf die kriegerischen Rüstungen und Vorgänge der Imperialisten aller Länder, den Zuhörern verständlich. Alles in allem kann von einem sehr guten Versammlungsverlauf berichtet werden. Arbeiter, jetzt heißt es, weiter vorstoßen. Neue Kämpfer müssen geworben werden. **Werbt für die Kommunistische Partei und ihre Presse!**

Ramsin. Betrüger. Wir sind nicht Gegner von Haushandelsleuten, weil der größte Teil wirtschaftlich zu dieser Tätigkeit gezwungen wird. Vor einigen Tagen wurden in unserem Dorfe Leute beim Kauf von Anzugstoffen betrogen. Arbeiter, in Zukunft ist es also ratsam, die Personalien der Hausierer festzustellen, um, falls die gekaufte Ware nicht dem bezahlten Preis entspricht, gegen etwaige Betrüger vorgehen zu können. Das sicherste Schutzmittel gegen jegliche Uebervorteilung ist jedoch der **Kauf im Konsumverein.**

Wittenberg. Feuer. — Einbruch. — Gefaßte Sträflinge. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brach gegen 2 Uhr morgens in der Küche des Gastwirts Frebe in der Mittelstraße ein Brand aus. Da die Feuerwehr sehr bald zur Stelle war, konnte der Brand schnell gelöscht werden. — In der Nacht zum Freitag wurde bei dem Häusler Otto Müller in Grabow ein Einbruch verübt. Es sind Wurstwaren und andere Lebensmittel gestohlen. — Der Arbeiter Hermann Adam, geboren am 5. Mai 1894 in Losenau, und der Maurer Albert Metz, geboren am 12. Februar 1894 in Erxleben, die kürzlich aus der Strafanstalt Lichtenburg entsprungen waren, wurden am Freitag voriger Woche von der Wittenberger Schupo zwischen Battin und Grabow festgenommen. Adam war wegen Mord zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Metz hat noch eine Strafe bis 1941 zu verbüßen.

Piesteritz-Kleinwittenberg. **An alle Werktätigen! Am Mittwoch, dem 16. Februar, findet im „Schützenhaus", Kleinwittenberg, eine große öffentliche Volksversammlung statt. Einberufen ist diese Versammlung vom Ortsausschuß des Kongresses der Werktätigen mit dem Thema: „Der Kongreß der Werktätigen und die Tagung des Kreistages Wittenberg." An alle werktätigen Männer und Frauen ergeht der dringende Ruf, in Massen die Versammlung zu besuchen.**

Delitzsch

Heftige Explosion in der Celluloidfabrik Eilenburg

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurden die Einwohner der Stadt Eilenburg durch eine starke Explosion aus dem Schlaf geweckt. In der Deutschen Zelluloidfabrik war durch den Inhalt einer Mischmaschine eine Explosion entstanden, die einen erheblichen Schaden an den Gebäuden verursachte. Die Räume wurden demoliert, das Dach und die Seitenwände umgelegt. Zirka 500 bis 600 Fensterscheiben der Umgegend zersplitterten. Nur durch den Umstand, daß das Unglück um 2 Uhr erfolgte, als die betreffende Schicht Pause hatte, ist ein größeres Unglück für die Arbeitenden verhindert.

Wie wir hierzu noch erfahren, sollte in der betreffenden Abteilung der Fabrik eine neue Mischung ausprobiert werden, wobei es dann zur Explosion kam.

Man sieht, daß dem Arbeiter fortgesetzt Gefahren drohen. Vielleicht auch ein Zeichen der Rationalisierung, da durch eine bessere Beaufsichtigung das Unglück hätte vermieden werden können.

Die „Freie Presse" als Spaßmacher

Wenn Herr Meier berichtet

(Arbeiterkorrespondenz)

In Gräfenhainichen „regiert" ein sozialdemokratischer Bürgermeister, namens Meier. Mit Hilfe der im Stadtparlament sitzenden Kommunisten gelang es ihm und seinen Parteigenossen, eine Bodenpolitik zu treiben, die das Gefallen der bürgerlichen Vertreter nicht fand. Diese legten verärgert ihre Posten nieder und stehen nunmehr da, wie das Kind beim Dreck, denn das Stadtparlament wurde nicht, wie sie es wünschten, aufgelöst, und so geht es eben ohne bürgerliche Stadtverordnete.

Kein Mensch kann etwas dagegen haben, wenn die SPD. und ihr Herr Meier eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: „Sozialdemokratie und Bodenreform." Da sie selbst — die Gräfenhainicher SPD.-Größen — anscheinend nichts davon verstehen, oder nicht davon zu reden verstehen, so hatten sie sich einen leibhaftigen Regierungsrat — bei der SPD. ist ja kein Mangel an solchen Leuten — aus Berlin verschrieben, der zu dem Thema sprach. Nach dem Berichte der „Freien Presse" entwickelte der Herr Ansichten, die sehr schön sind, aber nur einen Mangel aufweisen, nämlich den, daß sie unter dem kapitalistischen System nicht durchzuführen sind. Letzteres vergaß der gute Mann zu sagen. **Alle Bodenreformfragen sind letzten Endes Machtfragen, die nicht in den Parlamenten, sondern im revolutionären Kampf und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat entschieden werden.**

Was nützt uns der schöne Artikel (nicht §, Herr Regierungsrat) 155 der Reichsverfassung, wenn er nicht — **bis heute noch nicht seit 1919** — durchgeführt wird?

Das ganze Salbadern des regierungsrätlichen Sozialdemokraten ist keinen Pfifferling wert, solange sein Reichsbannerkamerad **Marx** mit den Deutschnationalen zusammen als Beauftragter des deutschen Industrie- und Finanzkapitals die „freieste Republik" regiert. — Doch genug davon. Nach dem Berichte der „Freien Presse" sprach dann noch Herr Meier und Herr Apelt, der Dezernent der Grundstücksverwaltung.

Der Berichterstatter schreibt nun zum Schluß wörtlich:

„Erfreulicherweise muß konstatiert werden, daß die anwesenden Kommunisten mit ihrem Unterbezirkssekretär an der Spitze nichts zu sagen hatten: Sie lernen, glauben wir, allmählich einsehen, daß die Arbeiterinteressen bei der Sozialdemokratie auch in ganz guten Händen sind."

Entweder ist der Herr Berichterstatter von der Anwesenheit eines richtiggehenden Regierungsrates so betrudelt gewesen, daß er den Himmel für'n Dudelsack und irgend einen biederen „Hainicher" Bürger für einen Unterbezirkssekretär der KPD. angesehen hat, oder das Bockbier ist dieses Jahr ganz besonders gut geraten. Es war nämlich gar kein kommunistischer Unterbezirkssekretär in dieser Versammlung anwesend. Aus dem einfachen Grunde nämlich nicht, weil er bereits seit 14 Tagen erkrankt ist und nicht das Bett verlassen kann. Ob einzelne Anhänger der KPD. anwesend waren, entzieht sich unserer Kenntnis.

Unser Sekretär hätte sich bestimmt den Herrn Regierungsrat vorgeknöpft und ihm seine Meinung gesagt. Wir ersterben weder in Ehrfurcht vor Regierungsräten — wie die SPD.-Führer —, noch haben wir einsehen gelernt, daß die SPD. Arbeiterinteressen vertritt. Wir sind vielmehr nach wie vor der Ansicht, daß es eben die SPD. ist mit ihrer dummen Politik — die nach Ansicht ihrer eigenen Presse überhaupt keine Politik mehr ist —, die es den kapitalistischen Machthabern ermöglicht hat, sich so fest in den Sattel zu setzen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Kommunisten in Kommunalparlamenten hier und da Maßnahmen von Sozialdemokraten unterstützen, die im Interesse der Werktätigen der betreffenden Gemeinde liegen. Verstanden, Herr Meier aus Gräfenhainichen? Und immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, nicht wahr? Allerdings viel Hoffnung haben wir in bezug auf die „Freie Presse" nicht!

Gräfenhainichen. Gehirnschwund. Das ist eine gefährliche Krankheit, die meistens mehr oder weniger temperamentvollen Irrsinn und nachfolgenden Tod zur Folge hat. Am ehesten soll die Krankheit daran zu erkennen sein, daß der von ihr Befallene mehr und mehr das Gedächtnis verliert, sich an nichts mehr erinnert und schließlich nur noch dummes Zeug zu schwatzen vermag. Ein fortgeschrittenes Stadium scheint bei gewissen Redakteuren und Berichterstattern der „Freien Presse" erkennbar zu sein. In ihrer Nummer 25 stellt die „Freie Presse" wieder einmal, wie so oft, einige Behauptungen auf, die unwahr oder absichtlich entstellt sind. Unter anderen wird behauptet, daß in Gräfenhainichen vor drei Jahren anläßlich der Stadtverordnetenwahlen „unter tätiger Mithilfe der Kommunisten" eine Liste der arbeitenden Klasse aufgestellt wurde. **Man vergißt aber absichtlich zu sagen, daß damals die Kommunistische Partei im Reichsmaßstabe verboten und dadurch nicht in der Lage war, eine eigene Vertreterliste aufzustellen.** Man tut also so, als hätten die Kommunisten damals ganz unter dem Einfluß der Sozialdemokraten gestanden. Der Zweck solcher Schreiberei ist unschwer zu erkennen. — Weiter wird dann eine damalige Auseinandersetzung der hiesigen KPD.-Ortsgruppe erwähnt und gleichzeitig betont, daß hierauf nicht weiter eingegangen werden soll. (!!!) Warum denn nicht? — Das Gedächtnis versagt immer bei den entscheidenden Punkten. Scheinbar haben die Leutchen Angst, ihre jetzigen Freunde an den Pranger zu stellen. Nach weiteren Entstellungen, die wir wegen Mangels an Raum nicht behandeln können, wird in demagogischer Weise die KPD. als Sturmtrupp der Reaktion bezeichnet. Die Politik der sozialdemokratischen Götzen in den letzten Jahren hat in so unendlich viel Fällen deutlich gezeigt, daß eine solche Bezeichnung nur auf die SPD. paßt, und man kann sich nur wundern, daß diese Leute noch immer die Stirn haben, solche Scherze als ernsthafte Behauptung aufzustellen. Wir können uns das nur mit dem zunehmenden Gehirnschwund dieser Leute erklären.

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Das „menschliche" Empfinden eines Bockwitzer Unternehmers

Am 7. Februar konnten die Einwohner unseres Ortes einen größeren Menschenauflauf auf dem Marktplatze vor dem Geschäftshaus des Kaufmanns und Bierverlegers der Felsenkellerbrauerei F. Schlaegel beobachten. Ein Bierfahrer war am Sonnabend durch unverhofftes Begegnen seines Bruders in der Nachbarstadt Ruhland etwas später als gewöhnlich mit seinem Gespann zurückgekehrt. Dieses mußte nach Ansicht des Fräulein Tochter (achtzehn Jahre) mit den nicht gerade schmeichelhaften Worten „Versoffenes Schwein" usw. gerügt werden. Der 36 Jahre alte Kutscher hatte aber das Empfinden, auch Mensch zu sein, und verlangte nach Beendigung seines Stalldienstes die Entlassung.

Das schlug dem Faß den Boden aus. Erregt meinte Herr Schlaegel: „Als Mensch habe ich Sie behandelt, aber Sie sind ein Lump." Herr Schlaegel glaubt, als gewesener Offiziersstellvertreter den Kasernenton seinem Personal gegenüber anwenden zu dürfen.

Am Entlassungstage ließ Herr Schlaegel nach heftiger Auseinandersetzung mit dem betreffenden Bierfahrer in seinem Laden durch zwei Landjäger ihm die Aufforderung zukommen, seine Sachen bis Montag abzuholen. Am Montag verweigerte er wiederholt die Herausgabe bis auf Dienstag mit der Ausrede: „Wenn Sie so sind, bin ich auch so." In begreiflicher Aufregung verriet der Bierfahrer, von Herrn Schlaegel Befehl erhalten zu haben, fünf **Hektoliter Bier aus dem Bierkeller in das Waschhaus zu transportieren, um selbige dem Steuerbeamten unsichtbar zu machen.**

Unter allgemeiner Heiterkeit der Zuhörermenge auf dem Marktplatz erfolgte sofort die Herausgabe der Sachen. Herr Schlaegel suchte sich nun Genugtuung nur noch dadurch zu verschaffen, daß er den letzten Arbeitstag nicht bezahlte. Der Wochenlohn betrug die horrende Summe von 27 Mark mit Spesen und Zehrgeldern.

Um diese Auftritte nicht anhören zu müssen, wird die Arbeiterschaft von Bockwitz in Zukunft sich mit ihren Waren dort eindecken, wo das Personal anständig behandelt und den Verhältnissen entsprechend bezahlt wird, das ist der **Arbeiter-Konsumverein für Bockwitz und Umgegend.**

Die „menschliche" Behandlung der Großfirma Schlaegel wirkt sich besonders **im Schlafraum der Bierfahrer aus. Eine schwarzgeräucherte Stube über dem Pferdestall, Tür und Ofen vollständig defekt, innerhalb von zwei Jahren kürzlich einmal gescheuert, so mit Wanzen bevölkert, daß es die Leute vorzogen, im Sommer auf den Bierwagen zu schlafen,** sind bei Schläegel scheinbar die Zeichen der Menschlichkeit.

Vor Jahresfrist machte ein schwermütiger Bierfahrer einen Selbstmordversuch. Nach seinen Angaben sollen die beiden im Backfischalter stehenden Töchter des Herrn Schlaegel ihr gut Teil dazu beigetragen haben. Erst durch Widerspruch erlangte sein Nachfolger für den von Blut durchtränkten Strohsack einen neuen. Noch heute müssen die Leute das blutbefleckte Kopfkissen benutzen. Nicht besser geht es den Handlungsgehilfen.

Herr Schlaegel erzählt jedem, der es hören will, daß er einen von den Handlungsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft wegen Zigarettendiebstahls angezeigt hat. Daß die Leute aber ein Monatsgehalt erhalten, das dem Lohn eines jüngeren Dienstmädchens gleichkommt, erzählt er nicht.

Man konnte beobachten, daß die Engherzigkeit des Herrn Schläegel nicht zum Ausdruck kommt, wenn er den hohen Besuch seines deutschnationalen Partei- und Jagdgenossen, Generaldirektors Geiger, empfängt.

Die Arbeiter haben Grund, sich die Handlung dieses Unternehmers gut einzuprägen.

Torgau. Ein dreister Kapitalsknecht ist der Geschäftsreisende Schröder aus Torgau, der im „Kornhaus Torgau" beschäftigt ist. Als am Sonnabend ein Genosse in Zinna ein Extrablatt vertrieb, in welcher die Berichtigung des „Kornhauses Torgau" über die Riesenkorruption unter die Lupe genommen wurde, besaß Schröder die Dreistigkeit, unseren Genossen tätlich anzugreifen. Das sieht ganz so aus, als habe Schröder auch einen Bissen von der Inflations-Ruhrspendenbeute des Kornhauses geschnappt. Er könnte doch gar keinen deren Grund haben, auf diese Weise sich für die Interessen seiner Ausbeuter einzusetzen. Arbeiter, Bauern, hieran könnt Ihr ersehen, daß man mit Gewaltandrohung versucht, die Wahrheit zu unterdrücken, wenn in den bürgerlichen Korruptionssumpf hineingeleuchtet wird. Darum lest den „Klassenkampf"!

Elsterwerda. In der Gerichtsverhandlung am 10. Februar wurde gegen die roten Frontkämpfer Otto Wachsmuth und Karl Diesnes, beide aus Großenhain, und Walter Hoffmann aus Merzdorf verhandelt, welche eine gemeinsame Körperverletzung und Mißhandlung nach Paragraph 223 an dem Tierarzt Dr. Paul Schlußke, Elsterwerda, in Weinsdorf begangen haben sollten. Zu dieser Verhandlung war ein Zeugenapparat von elf Mann, darunter zwei Kinder von elf und zwölf Jahren und ein 15jähriger, geladen. Alle Zeugen, welche vereidigt waren, konnten nichts Bestimmtes aussagen. **Nur der 15jährige und Zwölfjährige wollten die Obengenannten wiedererkennen.** Der elfjährige Zeuge Walter Bischoff aus Merzdorf wußte nichts mehr zu berichten, obwohl er bei seiner früheren Vernehmung für die drei Angeklagten belastend ausgesagt hatte. Diesen elfjährigen Knaben „befragte" der Amtsgerichtsrat Ecderlin, Elsterwerda, mit Worten, wie z. B.: „Wenn Du das nicht wieder sagst, was Du früher dem Landjäger Zinzow gesagt hast, dann werde ich grob und sperre Dich ein." Der Knabe fing an zu weinen, und da wagt der Amtsrichter noch zu sagen, **er weine aus Reue, weil er die Wahrheit nicht sagen dürfe und beeinflußt worden wäre.** Auf die Aussagen der drei kleinen Zeugen hin brachte es der Klassen-Staatsanwalt fertig, für Wachsmuth und Hoffmann je 50 RM. oder für je fünf Mark einen Tag Gefängnis und für Diesner 30 RM. Geldstrafe zu beantragen. Der Wahlverteidiger der angeklagten Arbeiter, Kurt Wissel aus Großenhain, erzählte dem Gericht ganz etwas anderes. Seine Verteidigungsrede erregte im Zuhörerraum großes Aufsehen. Er verlangte u. a. ganz entschieden, daß die Aussagen der drei Kinder nicht als genügend für die Begründung der beantragten Strafe angesehen werden dürften. Er verlangte für die Angeklagten unbedingt die Freisprechung. Das Gericht blieb jedoch bei Wachsmuth und Hoffmann bei der beantragten Strafe und sprach nur Diesner frei. Das ist ein typisches Beispiel für die Klassenjustiz!

Schildau. Diebstahl. In die Mehl- und Futterhandlung von O. Wiedemann, bei der schon öfter Diebstähle begangen wurden, ist in der vorigen Woche wiederum des Nachts Getreide gestohlen worden. Verdächtigt wurden natürlich wieder Arbeiter. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosen schien ein solcher Verdacht allerdings begründet, da durch Verzweiflung mancher zu einer solchen Handlung getrieben werden kann. Der Diebstahl sollte bald überraschende Aufklärung finden, denn zum größten Erstaunen aller Einwohner und des Bestohlenen wurden sein eigener Sohn und ein Verwandter, Sohn des Stadtgutbesitzers Kohlmann, als die Diebe ermittelt. Die Diebe hatten sich nicht gescheut, Getreide auf die Straße bis 15 Minuten vom Tatort entfernt zu streuen, um die Spur auf die dort wohnenden Arbeiter zu lenken. Hoffentlich finden nun auch die schon früher begangenen Diebstähle, bei denen man ebenfalls Arbeiter verdächtigte, ihre Aufklärung. Nun noch einige Fragen an den Herrn Bürgermeister als Polizeiverwalter: Wie steht es denn mit dem amtlichen Polizeibericht, der doch sonst dem Herrn Druckereibesitzer des Schildauer Käseblättchens so prompt zugestellt wird? Wenn Arbeiter einmal aus Not einen unrechten Schritt getan haben, dann ist man doch mit der amtlichen Publizierung sofort zur Hand? Wozu sind in Schildau die Bekanntmachungstafeln an den Straßenecken angebracht? Sollte es der Polizeiverwaltung an dem nötigen Kleister zum Ankleben der Bekanntmachungen fehlen? Also angeklebt mit den Bekanntmachungen an den dafür vorgesehenen Tafeln, damit nicht jeder gezwungen ist, das Schildauer Käseblatt zu lesen. — Arbeiter, merkt Euch den Fall! Lest nur die kommunistische Presse, die allein Eure Interessen vertritt!

Aus der weiteren Umgebung

Eine Schlacht unter Mietern

Am Donnerstagabend kam es in Schönebeck zwischen Mietsparteien eines Hauses zu Schlägereien. Dabei wurde ein Arbeiter getötet, ein Mann erlitt eine schwere Bauchverletzung und einer Frau wurde der Schädel gespalten. Die Polizei mußte mit 16 Mann eingreifen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Gründe die zu diesem Vorfall führten, sind uns nicht bekannt. Vermutlich spielt aber auch hier die Wohnungsnot eine gewisse Rolle mit.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle. Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Glauchaer Stübchen" außerordentliche Vorstandssitzung, wozu auch der technische Leiter geladen ist.

Arbeiter-Sportkartell Holzweißig. Mittwoch, 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal Sonntag eine Sitzung der Vereins- bzw. Abteilungsvorsitzenden und deren technischer Leiter statt. Tagesordnung: Festsetzung des Programms zur Schulentlassungsfeier. Pünktliches Erscheinen wird jedem zur Pflicht gemacht.

Rüstig-Vorwärts Bruckdorf. Mittwoch, 16. Februar, Vorstandssitzung. Alle Spieler der 1. bis Jugendklasse haben um ½9 Uhr zu erscheinen. Ausgabe der Serienspielhefte. [82

HFC. Minerva (Fußballabteilung). Am Mittwoch, dem 15. Februar, findet eine wichtige Jugendversammlung statt. Erscheinen ist Pflicht. [83

Briefkasten

Reinsdorf. Ernst H. Der geschilderte Vorgang stammt vom November v. J., kommt also jetzt zur Veröffentlichung nicht mehr in Frage. Wir brauchen stets kurze sachliche Berichte über interessante Tagesvorgänge usw.

Eilenburg. L. Warum trifft Bericht über die Explosion erst gestern, Montag, ein. Solche wichtigen Vorgänge müßten telephonisch und ausführlicher der Redaktion mitgeteilt werden.

Hohenleipisch. Berichterstatter. Der Bericht von St. & M. ist durch die zweite Zuschrift so widerspruchsvoll geworden, daß wir bestimmt einen Fehler machen würden, wenn er so veröffentlicht würde. Soll die Angelegenheit in die Zeitung, dann müssen wir Dich bitten, Dich nochmals der Mühe zu unterziehen und das neue Material in einem neuen Bericht mit zu verarbeiten.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Lest und verbreitet die kommunistische Presse!

Generalappell an alle Mitglieder der KPD.

Stadtorganisation Bitterfeld

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus"

Großer Informationsabend

Thema: **Die drohende Kriegsgefahr, die außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei.**

Jedes Mitglied muß erscheinen. Als Ausweis dient das Parteibuch.

Die Stadtleitung Bitterfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270215-13/fragment/page=0010